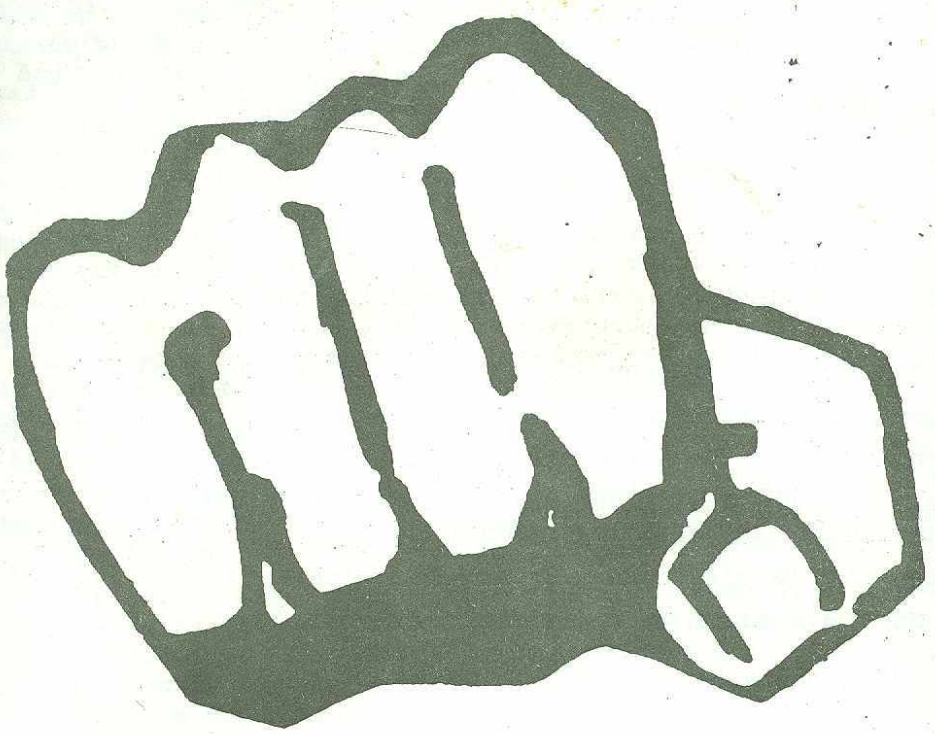
SDS

info 22

HERAUSGEBER: SDS-BV, 6 FFM, Wilhelm-Hauffstr.5, Tel. 74e1e9
ABONNEMENTSPREIS: DM 5.- für 2, 1o.- für 4, 15.- für 6 Monate
Erscheint ab sofort alle 14 Tage montags



2

INFO 14-TÄGIG INFO 14-TÄGIG INFO 14-TÄGIG INFO 14-TÄGIG

Von Nr.22 an erscheint das SDS-INFO regelmäßig alle 14 Tage. Das INFO wird in seiner alten Form als enzyklopädisch-pluralistische Veröffentlichungsplattform nicht mehr fortgeführt. Stattdessen wird der BV im INFO zu den neuen Organisationsansätzen der Gruppen Stellung nehmen, sich kritisch mit falschen Positionen auseinandersetzen und eigene politische Stellungnahmen zu konkreten Problemen der Bewegung abgeben. Der BV kann nur dann politische Richtungskämpfe provozieren, die das partikularisierte und lokalpolitisch bornierte Bewußtsein der Gruppen überwinden helfen, wenn er selbst in der politischen Diskussion Stellung bezieht.

Burkhart Blüm, Udo Riechmann und Klaus Behnken sind aus dem BV ausgeschieden, um wieder in ihren Gruppen zu arbeiten. Meino Büning wird weiter mit dem BV zusammenarbeiten.

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Der Redaktionsschluß des INFO ist jeweils am Mittwoch vor Erscheinen, für Nr.23 am 29.10. Abonnements laufen ab Nr.22 zum Preis von 5.- für 4 Nummern, 1o.- für 8 Nummern und 15.- für 12 Nummern gleich ein halbes Jahr. Gegenüber dem bisherigen Preis von 1o.- für 7 Nummern wird das INFO also etwas billiger, im Massenversand etwas teurer. Wir können das regelmäßige Erscheinen nur garantieren, wenn der Vertrieb besser organisiert wird. Einzelabonnements nehmen wir wie bisher nur dann an, wenn es am Ort keinen Massenversand gibt. Der Massenvertrieb wird so organisiert, daß die örtlichen Verteiler die Abonnements ihrer Gruppen entgegennehmen und nach Vorausbezahlung des Abonnementspreises mit der jeweiligen Anzahl beliefert werden; sie erhalten darüberhinaus Exemplare zum freien Verkauf. Wir schicken beiliegend an alle örtlichen Verteiler erstens Bestellungsformulare für die Abonnenten aus ihren Gruppen, zweitens Formulare für Sammelabonnements, die an den BV geschickt werden und als Grundlage für die Belieferung dienen. Langfristig müssen wir die Belieferung auf halbjährige Abonnements bei gleichzeitiger Einschränkung des freien Einzelverkaufs abstellen, weil wir nur so den größeren Arbeitsanfall bewältigen und das geregelte Erscheinen auch finanziell garantieren können.

BV

INHALTSANGABE

Gegen den Syndikalismus in der eigenen Organisation - für einen politischen SDS-Bundesvorstand	3
Diskussionsgrundlage für eine Stellungnahme des BV zur Wahl	8
Klassenjustiz: Rädelsführerprozeß in Frankfurt	13
Diskussionsvorschlag für das Hochschulseminar am 8./9.11.	14
Kiel: Die politische Praxis des Kieler SDS und die Funktion einer sozialistischen Studentenorganisation	18
Saarbrücken: Zum Saarländischen Bergarbeiterstreik	23
München: Streikagitation bei den Müllarbeitern	36

GEGEN DEN SYNDIKALISMUS IN DER EIGENEN ORGANISATION - FÜR EINEN POLITISCHEN SDS-BUNDESVORSTAND

"Es erscheint nur konsequent, nach der Zerschlagung des SDS erst recht den VDS zu zerschlagen. Weil das so erscheint, wollen wir dieser Sorte von Konsequenz und Zerschlagung der Klarheit halber auf die Finger sehen."

Die prinzipiell richtige Absicht der Heidelberger Genossen, die Entscheidungen einer zentralen Instanz zu kritisieren, geht schon in ihrer Formulierung von schiefen Voraussetzungen aus: als sei - und als täte das der BV - die antiautoritäre Zerstörung von formalisierter SDS-Organisationsstruktur, wie sie auf beiden DKs im Herbst 68 in Frankfurt und Hannover sich dargestellt hatte (Emanzipationsdebatte), gleichzusetzen mit der bewußten Liquidierung der Institution VDS.

Um es gleich vorweg zu sagen: die Heidelberger (und nicht nur sie) sind gegen beides; sie haben mit Unbehagen den Emanzipationsdebatten zugehört und meinen ganz entschieden:

> "Am Ende erwies sich weniger die Unmöglichkeit, den VDS revolutionär zu instrumentalisieren, als die Unfähigkeit des SDS, diese Aufgabe zu bewältigen."

Weil die Heidelberger die emanzipatorischen Aufstände gegen die verdinglichte Organisation SDS nicht begriffen haben, können sie noch jetzt der Auffassung sein, der VDS hätte sich "revolutionär instrumentalisieren" lassen; wenn der BV "sich über die Bedingungen seines Handelns mehr Rechenschaft abgelegt"hätte, wenn sich einige BV-Mitglieder nicht "allzu keck aus dem mütterlichen Schoß der Bewegung hervorgewagt" hätten, wenn die Heidelberger Kritik nicht ungehört zur "nachträglichen Akklamation und Nörglei" verkommen wäre.

Die sicher nicht bewußte Gleichsetzung von Zerschlagung des SDS und des VDS macht zunächst einmal eine Kritik an der Erklärung zur "Liquidierung des VDS" notwendig. Tatsächlich ist die dort formulierte Selbstkritik nicht radikal genug ausgefallen, insofern immer noch zwei Dinge durcheinandergemischt werden: die Taktik gegenüber einer vagen Clique von liberalen Funktionären (die unsere Selbstkritik gar nichts angeht) und die notwendige radikale Selbstkritik gegenüber den Mitgliedern des SDS. Da beides dort noch durcheinandergeht, konnte beides nicht mit der notwendigen Schärfe formuliert werden. Zwei Erklärungen wären notwendig gewesen, wobei der Inhalt der taktischen dahingestellt sein mag; die zweite hätte allenfalls zum Ausgangspunkt das Institut VDS haben dürfen, denn es hätte sich sehr schnell gezeigt, daß die VDS-Politik zum - vielleicht sehr subjektiv für den BV - nur vordergründigen Anlaß für weitertreibende Erkenntnischancen in Bezug auf den Zustand der eigenen Bewegung geworden wäre:

Die VDS-Politik hat lediglich Symptome eines allgemeinen Zustandes aufgezeigt, in dem sich der SDS und die im Verlauf seiner antiautoritären Geschichte entstandenen Organisationsformen befinden. Jedes dieser Symptome ist interessant nur insofern es sich auf die Bewegung bezieht, und nicht losgelöst von ihr im bloßen Kontext des reaktionären Instituts VDS!

Das haben die Heidelberger zum Teil zwar erkannt, aber diese Erkenntnis läßt sie allenfalls einige Symptome angehen, aber nicht die eigentlichen Ursachen des Dilemmas: nicht der VDS ist syndikalistisch (er ist bürokratisch), sondern unsere eigenen Organisationsformen und deren politisch-praktischen Inhalte haben undurchschauten und unbewußten syndikalistischen

Charakter. Nicht die Unfähigkeit des SDS, den VDS revolutionär zu instrumentalisieren, ist primär zu kritisieren, sondern unsere eigenen Handlungs- und Bewußtseinsschranken, bezogen auf ein praktisches und historisches Selbstverständnis der eigenen revolutionären Ansprüche wie auch auf die Möglichkeiten revolutionärer Politik gegen die Gesamtheit der Erscheinungsformen des Spätkapitalismus.

In diesem Zusammenhang hat der BV Fehler begangen, die weit schwerwiegender sind und die sich nicht so leicht beseitigen lassen wie die Fehler in der VDS-Politik. Der VDS wird - liquidiert oder nicht - aus dem Interessenbereich revolutionärer Politik verschwinden. Im SDS dagegen muß diskutiert werden, wie es dazu gekommen ist, daß alle am VDS-Lehrstück Beteiligten gemeint haben, man könne sich eines politisch teils bedeutungslosen, teils verbürokratisierten Apparats bedienen, um so quasi auf dem "kapitalistischen Weg" die Basis zentralistisch aufzuklären, strategische Diskussionen zu bestimmen und Aktionen in Form von Kampagnen zu erzwingen.

Hier kommt ein Bewußtsein der SDS-Akteure zum Ausdruck, das den Prozeß der Vereinheitlichung der Organisation des Kampfes begreift als eine Aufgabe für Funktionäre, die diese Vereinheitlichung von außen an die Bewegung herantragen und durchsetzen wollen. Hier muß mit allen Mitteln der Selbstkritik und der Selbstverständigung angesetzt werden, um in der Masse der Akteure der revolutionären Stdudentenbewegung in der Bundesrepublik die Frage zu diskutieren: welche bestimmten Aufgaben wird die revolutionäre Inttelligenz im proletarischen Klassenkampf erfüllen müssen?

Die Heidelberger erledigen dieses Problem auf elegante Art und Weise mit den Mitteln traditioneller Politologie:

> "Nun, nachdem oft genug emphatisch die Zerschlagung des SDS propagiert wurde, wird es langsam Zeit, sich zu überlegen, ob nicht auch dessen bürokratischer Überrest, der BV, wenn nicht zerschlagen, so doch zu den historischen Akten gelegt werden soll...
> Nachdem mit dem VDS die letzte Institution liquidiert wird, zu der wir uns als Organisation hätten zentral verhalten müssen..., können wir auf den BV solange verzichten, bis es den jeweils lokal arbeitenden Kadern gelingt, in den verschiedenen Gruppen ein Bewußtsein zu entwickeln, das nicht nur die Notwendigkeit einer nationalen zentralen Organisation einsieht, sondern diese auch einsetzen kann, statt von ihr ständig vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden."

Die Heidelberger sind vorsichtig, sie wollen auf keinen Fall die Zerschlagung propagieren, wie es der gesamte antiautoritäre Sumpf seit über einem Jahr tut, und sind doch mit dem "zu den historischen Akten legen" der exemplarischeste Ausdruck für die antiautoritäre Flucht in die formalisierte Organisation. Bei den Heidelbergern wird der VDS zur historischen Chance hochstilisiert, an der die Bewegung aus der dezentralen Praxis den Sprung in die Zentralisierung schafft. Man sollte nur auf den BV verzichten, dann kann die Einsicht in die Notwendigkeit der zentralen Partei in den Gruppen Fuß fassen. Die Heidelberger sagen kein Wort dazu, an welchen Inhalten sich denn das Bewußtsein der lokalen Kader ausbilden soll, wie denn die Einsicht in die Notwendigkeit in ker tatsächlichen Organisation Wirklichkeit werden soll und welche historischen Bedingungen für eine solche Realisierung die Bewegung mitbringt. Nicht, daß sie darüber keine bündige Auskunft geben, ist den Heidelbergern anzukreiden, sondern die ungeheuer bornierte Verkürzung des Problems mit der sie der "Basis" vormachen wollen, alle ihre Probleme seien durch die Ausschaltung einer verselbständigten Zentral zu lösen. Dieser Kurz-

schluß legt den Verdacht nahe, daß die Heidelberger das Dilemma der Bewegung auf die Zentralinstanz abwälzen wollen.

Schön wär's: dann brauchte man nur neue Leute an der Spitze und schon wäre alles im Lot; am besten noch schaffen wir die ganze Spitze ab und warten ein bißchen, und die Gruppen werden schon dahinter kommen und irgendwann die Notwendigkeit einsehen.

> "Die antiautoritäre Bewegung ist besonders leicht gefährdet, bürokratische Organisationsformen hervorzubringen, weil sie bis jetzt keine transparenten und einigermaßen festen Organisationsstrukturen hervorgebracht hat."

für den richtigsten und erkenntnisreichsten Satz, den die Heidelberger in dem ganzen Epos geschrieben haben, aber er muß anders weitergeführt werden, als es dann von ihnen getan wird: sie fallen zurück in den alten Kurzschluß.

> "Selbstkritik kann nicht heißen, die Scheiße, die man angerichtet hat, mit dem Mäntelchen der historischen Notwendigkeit zuzudecken."

Das hat ein Richtiges. Aber Kritik darf nicht bei solchen Sätzen enden, sondern muß damit beginnen, die angerichtete Scheiße ein bißchen breitzutreten, damit deutlich wird, aus welchem unverdauten Zeugs sie besteht: das genau hat die VDS-Erklärung versucht.

Was hat also die falsch formalisierten und bürokratischen Organisationsformen hervorgebracht? Auf welchem Bewußtseinshintergrund konnten die vorschnellen organisatorischen Dezisionen der ML-Genossen überhaupt gedeihen? Woher hoffen die Heidelberger darauf, daß "es den jeweils lokal arbeitenden Gruppen gelingt, ein Bewußtsein zu entwickeln, das die Notwendigkeit einer nationalen zentralen Organisation einseiht?"

> "Darum gewinnt die Erkenntnis von der bedeutsamen Rolle nicht proletarischer Schichten in der Revolution, von ihrem nicht rein proletarischen Charakter eine so entscheidende Bedeutung."
> "Die Bewegungen dieser Zwischenschichten sind wirklich spontan und nur spontan. Sie sind wirklich bloße Früchte von sich blind 'naturgesetzlich' auswirkenden gesellschaftlichen Naturmächten; und als solche sind auch sie selbst - im gesellschaftlichen Sinne blind. Da diese Schichten kein auf die Umgestaltung der ganzen Gesellschaft beziehbares und bezogenes Klassenbewußtsein haben; da sie deshalb stets ausschließlich partikulare Klasseninteressen vertreten, die nicht einmal scheinbar objektive Interessen der Gesamtgesellschaft sind; da ihre objektive Verknüpfung mit dem Ganzen nur kausal, d.h. nur von den Verschiebungen des Ganzen verursacht, nicht aber auf Veränderung des Ganzen gerichtet sein kann; da deshalb ihre Richtung auf das Ganze und die ideologische Form, die diese annimmt, einen zufälligen Charakter hat, wenn sie auch in ihrem Entstehen als kausal-notwendig begriffen werden kann; ist das Sichauswirken dieser Bewegungen von ihren äußerlichen Gründen bestimmt. Welche Richtung sie schließlich annehmen, ob sie auf weitere Zersetzung der bürgerlichen Gesellschaft ausgehen, ob sie wieder vom Bürgertum ausgenutzt, ob sie nach Ergebnislosigkeit ihrer Anläufe in Passivität versinken usw., ist nicht im inneren Wesen dieser Bewegungen selbst vorgezeichnet, sondern hängt weitgehendst vom Verhalten der bewußtseinsfähigen Klassen, von Bourgeoisie und Proletariat ab."
> (Lukacs, 310/311)

Dieses Zitat formuliert präzise ein seit einiger Zeit verbreitetes Bedürfnis innerhalb der Bewegung, den SDS, den "antiautoritären Sumpf", die Studentenbewegung als solche, die "kleinbürgerliche Unverbindlichkeit" zu liquidieren und stattdessen eine zentralisierte, straffe und schlagkräftige

Kaderorganisation "aufzubauen". Die Gründung der ML-Organisationen war nur der extremste Ausdruck dieses Bedürfnisses, das sich in fast allen Kaderdiskussionen (Bonn, Köln, Kiel, Heidelberg) niederschlug.

Bisher haben wir immer nur die unhistorische Rigidität, den Dezisionismus, der hinter solchen Liquidierungswünschen steht, kritisiert, aber wir haben niemals die Ursachen dafür in der eigenen Geschichte der Protestbewegung aufgesucht.

Nimmt man Lukacs' Beschreibung der nicht proletarischen Bewegungen für dogmatisch wahr, so sind wir tatsächlich auf die Entwicklung des bewußten Proletariats angewiesen, um unserer Bewegung überhaupt eine Richtung zu geben; dann war unser Anspruch auf sozialistische Politik tatsächlich leeres Geschwätz und das Hinaustreiben der Revolte über die Universität war ein verzweifelter Versuch, sich am eigenen Schopf aus dem kleinbürgerlichen Sumpf zu ziehen.

Dem Entschluß, den SDS zu liquidieren, geht bei den meisten Analysen eine Beschreibung der Studentnerevol te als letztlich reine Hochschulrevolte voraus. Zwar werden auch die gesamtgesellschaftlichen Ansprüche bei den Srpinger-, Vietnam- und Notstandsaktionen gewürdigt, aber sie erscheinen als bloße und für die Zukunft folgenlose Verzierungen, die endgültig Vergangenheit sind und nicht mehr vorwärtstreibende Ansprüche auf Realisierung. Zwei Phänomene an der Protestbewegung entziehen sich der verkürzten Beschreibung, sie sei kleinbürgerlich und letztlich in ihrer Richtung allein abhängig von einem revolutionären Proletariat:

einmal Solidarität mit den Befreiungskriegen der "dritten Welt", die ihrem Anspruch nach auf eine weltgeschichtliche Totalität sich bezog, zum anderen die Aktionen gegen den Springer-Konzern, die auf einen gesamtgesellschaftlichen Manipulationszusammenhang des spätkapitalistischen Herrschaftsapparats in der Bundesrepublik gerichtet waren.

Weder diese unabdingbaren historischen Voraussetzungen dieser Bewegung noch die Tatsache, daß sie an einem bestimmten Punkt über die Hochschule hinausgetrieben wurde, lassen sich unter das Stichwort "kleinbürgerliche Hochschulrevolte" subsummieren.

Zwar waren auch diese beiden Momente von "der Verschiebung des Ganzen verursacht", aber sie waren auch gleichzeitig "auf die Veränderung des Ganzen gerichtet". Wenn wir diese beiden Momente ausklammern, werden wir tatsächlich niemals Teile eines sich entwickelnden revolutionären Proletariats werden. Diese Bewegung hat also sehr wohl ein "inneres Wesen", das ihr eine "bestimmte Richtung vorzeichnet".

Erst hier ist die Frage legitim, wo denn die Ursachen für die sektiererischen und dezisionistischen Organisationsvorstellungen in den theoretischen Voraussetzungen und dem praktischen Vollzug der Revolte liegen; warum ist dieses Totalitätsbewußtsein verloren gegangen, oder warum ist es kraft- und wirkungslos in unserem eigenen Bewußtsein und unseren eigenen Organisationsformen geworden,

So notwwndig auch das Beharren auf den historischen Voraussetzungen dieser Bewegung ist (denn nur diese Beharrlichkeit kann diese Voraussetzungen transzendieren), so unumgänglich müssen wir unsere Rezptionsweisen dieser Voraussetzungen, die Verkürzungen und Verdinglichungen, die wir ihnen im Verlauf der Revolte zugefügt haben, aufsuchen; das ist Selbstverständigung im Medium der Kritik.

Es gibt ein durchgängiges Moment von Verkürzung in der Art, wie wir jeweils unsere eigenen theoretischen Grundlagen von Phase zu Phase abgeschafft und ersetzt haben: die Denunziation. Wir haben die "große Weigerung" Marcuses denunziert, abgeschafft und durch den "aktiven Widerstand" ersetzt, das "Vereletzen der spätkapitalistischen Spielregeln" als ungenügend verworfen und uns dem "Kapitalismus muß weg" zugewandt. Um einem Mißverständnis vorzubeugen: es kann nicht kritisiert werden, daß wir mit einer gewissen Notwendigkeit naiv und unbekümmert unsere Parolen geändert haben; sondern es geht um die unhistorische Verachtung gegenüber den alten Parolen. Wir haben den "abstrakten Charakter der Weigerung" zwar zur Kenntnis genommen und die Notwendigkeit erkannt, diese Verweigerung an der "Basis Universität" zu konkretisieren und in jedem einzelnen Fach der bürgerlichen Wissenschaft die Momente der Herrschaft aufzuspüren, aber das bloße Verwerfen der Abstraktheit hat uns gleichzeitig von dem Begriff der Gesamtheit der Erscheinungsformen des Spaätkapitalismus, die notwendig abstrakt ist, abgeschnitten und uns auf einen verkürzten Konkretismus innerhalb unserer politischen Arbeit zurückgeworfen und damit den Bezug zur Gesamtwirklichkeit versperrt.

Nur so konnte es geschehen, daß der diese Bewegung konstituierende Begriff des Internationalismus zu einer Sparte, einer arbeitsteiligen Sektion als "Projektbereich Internationalismus" herunterkommen konnte.

Im vergangenen Jahr war die Arbeit des BV Ausdruck dieses schlechten arbeitsteiligen Konkretismus in der Bewegung. Die Entscheidung, die DK zu verschieben, die Selbstkritik an der BV-Politik in der VDS-Frage, die Herausgabe des INFO als einem zentralen Organ für die Kritik und Dokumentation der arbeitenden Gruppen und die Präzisierung der politischen Vorstellungen des BV sind Schritte zur politischen Neubestimmung zentraler Aufgaben in der Bewegung. Die Vereinheitlichung der Organisation des Kampfes kann nicht durch den BV vorweggenommen werden. In einer Situation, in der es in der Bundesrepublik keine entwickelten Klassenkämpfe gibt, in der die Funktion einer Intellektuellenbewegung in diesem Zusammenhang nicht geklärt ist, muß im Mittelpunkt der theoretischen und praktischen Arbeit des BV die Provokation einer massenhaften Diskussion über diese Probleme stehen. Nur so kann der BV im Prozeß der Organisation Funktionen gewinnen, die seine gegenwärtige technische Bedeutung transzendieren.

Bundesvorstand - Frankfurt, den 16.1o.69

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Die bürgerliche Presse verteufelte ihn als Banditenführer, die KPD-Funktionäre distanzierten und solidarisierten sich halb und halb. Max Hoelz hatte mit anderen Genossen die letzten bewaffneten Widerstandskämpfe der Arbeiter gegen die konzertierte Aktion von SPD-Führung, Unternehmerschaft und Junkertum zur Unterdrückung der Arbeiterklasse in der Weimarer Republik organisiert. Die bürgerliche Justiz, die personal und funktional den wilhelminischen Obrigkeitsstaat fortsetzte, verurteilte ihn zu lebenslangem Zuchthaus, obwohl er mit Sicherheit die ihm zur Last gelegte Tötung eines Ausbeuters noch nicht einmal begangen hatte. Nach acht Jahren wurde er entlassen - trotz aller Foltermethoden und auch Isolierung innerhalb der sozialistischen Gruppen in Deutschland noch kein Zerstörter, der sich mit dem kapitalistischen Gewaltstaat abfindet. VOM "WEISSEN KREUZ" ZUR ROTEN FAHNE ist seine Biografie, der historische Bericht über die Klassenkämpfe in Deutschland zu Beginn der Weimarer Republik. SONDERAUSGABE FÜR DIE REPUBLIKANISCHE HILFE: DM 14.-
Gegen Vorausbezahlung auf das Konto der Rep.Hilfe: Dresdner Bank Fffm 28 28 8

MAX HOELZ → VOM "WEISSEN KREUZ" ZUR ROTEN FAHNE

8

DISKUSSIONSGRUNDLAGE ZU EINER STELLUNGNAHME DES BV ZUR WAHL 1969

I.

Wahlanalysen stehen unter dem Zwang, hinter statistischen Größen die Ursachen und Faktoren veränderten Bewußtseins aufzusuchen, wie es sich in einem bestimmten Wahlverhalten niederschlägt. Dabei besteht die zusätzliche Schwierigkeit, daß die statistischen Kategorien dem Verschleierungsinteresse des Systems entsprechend festgelegt sind.

Unter diesem Aspekt erscheint der Fehlschlag der Demoskopen als das interessanteste Detail dieser Bundestagswahlen. Die Umfragemethoden der Demoskopen, entwickelt vor dem Hintergrund einer verfestigten eindimensionalen Loyalität der Wählerschaft gegenüber dem bundesrepublikanischen System, erwiesen ihre grundsätzliche bürgerliche Borniertheit, als ein nur kleiner Teil der Wählerschaft ein etwas differenzierteres Verhältnis zur Funktion der Stimmabgabe gewann und Erst- und Zweitstimme getrennt einsetzte.

Es läßt sich vermuten, daß in diesem Wahlverhalten wie auch in den Wanderungsbewegungen eines ebenfalls kleinen Teils der Wählerschaft zwischen den drei Bundestagsparteien ein Moment jenes in Gang gekommenen Bewußtseinsprozesses zu erblicken ist, der auch in der Beteiligung von Teilen der Bevölkerung an den Rote-Punkt-Aktionen und in der Streikbereitschaft und -fähigkeit der "apathischen" westdeutschen Arbeiterschaft zum Ausdruck kam. Es erscheint sinnlos, die Ursachen dieser Phänomene in den jeweils spezifischen Anlässen auffinden zu wollen; im Moment können wir nur feststellen, daß im Bewußtsein wesentlicher Teile der Bevölkerung Prozesse ablaufen, deren Relevanz wir abstrakt ahnen, die wir jedoch in ihrer Relevanz - auch für eine, zunächst nur negativ abgrenzende Neubestimmung der Arbeiterklasse - nicht konkret bestimmen können. Die Frage nach Ursache und Bedeutung dieser Prozesse kann auf keinen Fall so beantwortet werden:

> "Der Regierungsstreit über die Aufwertung der 'DM', die Unsicherheit der Kleinbürger, die Streiks der Arbeiterfraktionen, die Demonstrationen der Lehrlinge, Schüler, Jungarbeiter und Studenten in fast allen größeren Städten und die reaktionären Drohungen der CDU/CSU erzeugten eine politische 'Stimmung' der Wahlen, die auch Auskunft gibt über die nächste Etappe der Klassenkämpfe." ("Die Entwicklung der Klassenkämpfe in der BRD und die Bundestagswahl 1969", RPK Nr.33 vom 3.1o.69).

Wir müssen vielmehr zunächst mit der Gegenfrage antworten: Woran liegt es, daß unsere Aussagen über diese Prozesse zum gegenwärtigen Zeitpunkt so ungeheuer allgemein sind und sein müssen?

II.

Unsere analytische Methode ist noch immer weitgehend bestimmt von dem theoretischen Rahmen, den sich die Bewegung in der Phase des anti-autoritären, bloß reaktiven Protests geschaffen und gesucht hatte. Einem Bewußtsein, das sich aus der Empörung über den Widerspruch zwischen demokratischem Anspruch des westlichen Lagers und gesellschaftlicher Realität speiste, entsprach aufs Vollkommenste ein Theorienhorizont, der den theoretisch-analytischen Anspruch sich als Marxisten begreifender Studenten mit dem subjektiven Bewußtsein empörter Intellektueller zu vereinen strebte. Die richtige Erkenntnis, daß der demokratische Rechtsstaat eine Fiktion ist, verfestigte sich auf theoretischer Ebene zu einer globalen Kritik am System, wie sie sich in Begriffen wie Etatismus, schleichende Faschisierung, Notstandsstaat, Establishment etc. artikulierte.

So notwendig die globale Ablehnung des gesamten parlamentarischen Systems auch war, um die Fixierung der mobilisierten Individuen an sämtliche Erscheinungsformen des Systems grundsätzlich aufzubrechen, so sehr hat uns die theoretische Artikulation dieser globalen Ablehnung Bewußtseinsschranken auferlegt, die jetzt zu Handlungsschranken zu werden drohen oder es bereits geworden sind.

Der folgende Passus aus der Wahlerklärung des SDS-Bundesvorstandes ist symptomatisch:

> "Bei dieser Wahl geht es nicht um verschiedene politische und praktische Entscheidungen, sondern um die totale Zustimmung für ein autoritäres Herrschaftssystem mit parlamentarischer Fassade. Während des Wahlkampfes wird der SDS fortfahren, Aktionen zu organisieren, die geeignet sind, die Illusionen über die parlamentarische Demokratie zu zerstören."

In diesen Zeilen ließe sich der Inhalt der gesamten Erklärung zusammenfassen. Auf eine Analyse, die in dieser Allgemeinheit richtig ist, folgt der Versuch, die praktischen Konsequenzen aus dieser Analyse für unsere Arbeit zu ziehen. Dabei wird die Hilflosigkeit deutlich, in der uns diese Analyse zurückläßt. Die drei Punkte, auf die sich "der SDS und die revolutionären Gruppen der Schüler und Lehrlinge während des Wahlkampfs und danach konzentrieren werden", nämlich

1. Schaffung neuer Lehrlings- und Schülergruppen außerhalb der Universitätsstädte;
2. Kampfaktionen im Sozial- und Konsumbereich;
3. Kampf gegen den Imperialismus der Bundesrepublik - gegen Militärproduktion und Kriegsforschung

geben lediglich den Organisations- und Bewußtseinsstand der Bewegung richtig wieder; sie bieten jedoch keine Ansatzpunkte zu einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive, in diessich diese vorläufigen Arbeitsansätze in ihrer Relevanz einordnen ließen. An diesem Anspruch ist jedoch jede marxistische Analyse zu messen. Immerhin hat die Erklärung des BV insoweit keinen Schaden angerichtet, als sie sich realistisch auf die Aufzählung möglicher praktischer Ansätze beschränkte und nicht versuchte, eine gesamtgesellschaftliche Perspektive auf eine Analyse zu pfropfen, die hierzu keine Grundlage bieten kann. Diese "Ehrenrettung" läßt sich auch mit dem letzten Absatz der Erklärung belegen:

> "Die Bedeutung revolutionärer Arbeit im Wahlkampf liegt nicht nur in der Entlarvung des Parlamentarismus. Revolutionäre Arbeit heißt: den Wahlkampf für einen der vielen notwendigen Angriffe gegen den Kapitalismus nutzen!"

Das ist die einzige Folgerung, die sich realistisch aus unseren bisherigen Analysen ziehen läßt: daß viele Angriffe notwendig sind.

III.

Die letzten drei Monate haben in der praktischen wie in der theoretischen Arbeit ein Großteil dieser Fixierung an unseren bisherigen Theorienhorizont abgebaut. Rote-Punkt-Aktionen und wilde Streiks lieferten uns Erkenntnischancen: nicht hinsichtlich unmittelbar und linear ableitbarer Folgerungen für unsere praktischen Ansätze, sondern in Bezug auf ein in uns zu schaffendes Bewußtsein gesellschaftlicher Totalität, aus dem heraus erst eine konkrete Bestimmung unserer politischen Identität möglich wird. Für die realistische Einschätzung der Wahl blieb dieser Erkenntnisprozeß jedoch noch folgenlos.

In dem schon zitierten RPK-Artikel heißt es:

> "...die Haltung vieler Genossen, die an der Wahl teilnahmen, (war) von den Vorstellungen geprägt, durch die Unterstützung der SPD eine 'Atempause' zu gewinnen."

Und an anderer Stelle:

> "Die Ideologie des 'friedlichen, demokratischen Weges' wurde von uns als falsches Bewußtsein entlarvt, das die konkrete Situation und die Herrschaftsstrukturen der monopolkapitalistischen Gesellschaft nicht berücksichtigt."

Hier zeigt sich ein seltsames Verhältnis des Autors zu der Bewegung, der anzugehören er ja wohl kaum abstreiten wird: wer sind "wir", die wir die Ideologie des "friedlichen, demokratischen Weges" als falsches Bewußtsein entlarvt haben? Wie können "wir" das getan haben, wenn "viele Genossen" sich aus der Illusion heraus an den Wahlen beteiligten, eine sozialdemokratisch geführte Regierung werde eine Atempause bieten, nach der der Kampf gegen den eigentlichen Gegner wieder aufgenommen werden könne? Gehören diese Genossen nicht zu "uns", dem Subjekt dieser Entlarvungspolitik? Grotesk wird der Gestus, wenn das Motiv der "Atempause" unversehens beim Entlarver selbst wieder auftaucht:

> "Trotzdem muß die sozialistische Opposition aus taktischen Gründen den Vorteil einer Kleinen Koalition und den Nachteil einer Großen Koalition aufzeigen. Eine kleine Koalition hätte politisch eine ähnliche Konsequenz wie die Politik der Labourregierung in England; Integration der Gewerkschaften in die staatliche Politik bei gleichzeitiger Verschärfung der wilden Streiks. In der Bundesrepublik würde der Zustand der ökonomischen Klassenkämpfe schnell zu einer großen Koalition und damit kurzfristigen Anwendung der Notstandsgesetze führen. Eine kleine Koalition würde also unsere Agitation unter den streikenden Arbeitern und unsere organisatorische Konsolidierung erleichtern."

Falsches Bewußtsein oder Taktik - wo liegt hier der Unterschied? Die Wahlbeteiligung mit welchem Motiv auch immer isst nicht nur ein Problem der wählenden Genossen, das durch ihre "Entlarvung" zu lösen wäre. Das in der Tat falsche Bewußtsein nicht nur dieser Genossen wird sich nicht durch den bloßen Hinweis auf "die konkrete Situation und die Herrschaftsstrukturen der monopolkapitalistischen Gesellschaft" verändern lassen. Wir werden dieses falsche Bewußtsein, das - meinetwegen in unterschiedlichem Ausmaß - bei uns allen vorhanden ist, nur dann überwinden können, wenn wir die Analysen kritisieren, die dieses falsche Bewußtsein vielleicht schufen, auf jeden Fall aber zuließen. Bis dahin sind Phänomene wie die Wahlbeteiligung von Genossen nichts anderes als der manifeste Niederschlag unserer grundsätzlichen Unsicherheit, in der wir hin und her schwanken zwischen einem tehoretisch-sozialistischen Anspruch, genährt aus dem "historisch-genetisch", sprich: blank, übernommenen Kategorien traditioneller sozialistischer Theorie, und tastenden Versuchen, aus der (im besten Sinne des Wortes) unbefangenen Analyse unserer kontinuierlichen praktischen Arbeit Kriterien zu gewinnen, aus denen sich unser Verhältnis zu den verschiedenen Klassen der Gesellschaft bestimmen und Klarheit über unsere eigene Klassenlage erreichen läßt.

Exkurs zur Methode

Die Kritik an unserem bisherigen, unser Bewußtsein noch immer weitgehend prägenden Theorienrahmen und den daraus gewonnenen Analysen ist überhaupt erst dadurch möglich geworden, daß uns die letzten drei Monate die Chance

geliefert haben, die Beschränktheit unseres Theorienhorizonts und unserer Analysen zu erkennen. Wir müssen aber gleichermaßen Klarheit darüber gewinnen, wie diese Kritik zu leisten ist, d.h., wie wir Phrasen à la "die konkrete Situation und die Herrschaftsstrukturen der monopolkapitalistischen Gesellschaft" so mit Inhalt füllen, daß wir Erscheinungsformen falschen Bewußtseins kzunächst einmal bei uns selbst nicht mehr deshalb rationalisieren können, weil der Allgemeinheitsgrad unserer theoretischen Aussagen uns zuviel Spielraum zur Rationalisierung läßt.

Angesichts dieses Problems wird die Marx'sche Aussage zur Frage der Methode für uns wieder aktuell; vor allem auch deshalb, weil der Zeitpunkt, zu dem sie gemacht wurde, einige Schlüsse auf die Bedeutung dieser Methodenfrage für Marx' eigenen Erkenntnisprozeß zuläßt: wohl kaum zufällig wurde der Text den "Grundrissen", jedoch nicht mehr dem "Kapital" vorangestellt. Der letzte Satz: "Auch bei der theoretischen Met hode daher muß das Subjekt, die Gesellschaft, als Voraussetzung stets der Vorstellung verschweben", bezeichnet genau den Zwang, dem wir uns unterwerfen müssen.

(Die Frage, wie das Spannungsverhältnis zwischen der Ebene der als Voraussetzung begriffenen Einschätzung der Gesamtgesellschaft - für uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur als notwendig allgemeine Hypothesen faßbar - und der Ebene der aus dem Konkreten entwickelten Vorstellungen auszuhalten und aufzuheben ist, führt direkt zur Frage der Organisation und damit der Schulung und kann hier nicht weiter verfolgt werden.)

IV.

Die Ausgangsfrage hieß: Wie sind Ursache und Bedeutung jener Bewußtseinsprozesse einzuschätzen, die bei den Rote-Punkt-Aktionen und den wilden Streiks zum Ausdruck kamen und sich bei den Wahlen statistisch faßbar im Wahlverhalten Weniger niederschlugen?

Die Frage kann jetzt konkreter gestellt werden: Liegen diesen Veränderungen im Bewußtsein eines Teils der westdeutschen Bevölkerung materielle gesellschaftliche Veränderungen zugrunde, und wie lassen sie sich bestimmen? Anders ausgedrückt: Stehen materielle gesellschaftliche Veränderungen in der Bundesrepublik und das statistisch faßbare Wahlverhalten Weniger in einem Zusammenhang, den wir bisher nur aufgrund unserer mangelhaften Analyse noch nicht bestimmen konnten?

Eine Antwort auf diese Frage läßt sich nur geben, wenn wir Kritik nicht an unserer bisherigen Analyse im allgemeinen üben, sondern an zentralen Teilen: dort, wo allgemeine Hypothesen konkret belegt wurden. Diese Kritik läßt sich zunächst nur hypothetisch leisten; ihre Berechtigung wird sich erst an der inhaltlichen Neubestimmung, d.h. an der Formulierung der Analyse auf einer höheren Ebene erweisen.

Die globale Ablehnung des parlamentarischen Systems wurde ohne Zweifel theoretisch am konkretesten und für die Bewegung am folgenreichsten von Agnoli in seinem Buch "Transformation der Demokratie" artikuliert. Agnoli konstatiert das Verschwinden von Herrschaftskonflikten hinter der Fassade eines "Friedesnprogramms", das nur noch "Führungskonflikte" als im wesentlichen "Konkurrenzkämpfe zur Ablösung der jeweiligen Führungsgruppe" und als "teilweise Umgruppierung innerhalb eines Oligarchienkreises" sichtbar werden läßt.

> "Die Verkürzung des Herrschaftskonflikts auf den Führungskonflikt reproduziert staatlich-politisch den gesellschaftlichen Vorgang ... der Reduzierung des Antagonismus auf den Pluralismus." (31)

> "Die Parteien trennen sich von der eigenen, aktuellen oder potentiellen gesellschaftlichen Basis und werden zu staatspolitischen Vereinigungen!"(33)

"Dem demos gegenüber ist das Parlament ein Transmissionsriemen der Entscheidungen politischer Oligarchien." (68)

Schritt für Schritt wird hier sichtbar, wie ein bestimmter Kategorienrahmen (abgesteckt durch Begriffe wie Herrschaftsstruktur und Oligarchien) eine präzisere Analyse über das Erfassen der Erscheinungen hinaus unmöglich macht. Die Notwendigkeit, über die globale Kritik am Phänomen Parlamentarismus hinauszuschreiten, wird geahnt; Agnoli kann ihr jedoch bloß in hilfloser Beschreibung nachkommen, ohne daß diese Beschreibung die Analyse weitertreiben könnte:

"Während die Führungsgruppen untereinander sich einen realen Kampf liefern (denn es geht für sie um reale Machtgewinnung), wird den Wählern lediglich die Illusion eines offenen Wettbewerbs mit der ihm eigen sein sollenden Tendenz zur Qualitätssteigerung geboten." (37)

Die Erkenntnis, daß die zum Notstandsstaat treibenden Interessen diese Tendenz nicht konfliktlos realisieren, kann die Analyse nicht weitertreiben, solange sie in der bloßen Konstatierung der Erscheinungen verharrt. Der Beschreibung fehlt die prozessuale Dimension. Betrachten wir dagegen eine Aussage von ähnlichem Allgemeinheitsgrad:

"Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren." (Kommunistisches Manifest).

Auch wenn sich aus dieser Aussage eine Bestimmung der erwähnten revolutionären Prozesse nicht unmittelbar ableiten läßt, so eignet ihr doch als grundsätzliche Dimension die Erkenntnis des Charakters jener Prozesse, die allen Erscheinungsformen der kapitalistischen Gesellschaft, also auch dem Parlamentarismus, zugrundeliegen.

Wenn die Kritik an Agnoli berechtigt ist, muß sich bereits aus den Erscheinungsformen des Wahlkampfes eine erste Differenzierung ableiten lassen, aus der wir zur Neuformulierung der Analyse auf höherer Ebene fortschreiten können. Dieser Versuch kann sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur beschreibend artikulieren; erst die Diskussion der gesamten Bewegung wird aus der Präzisierung der Beschreibung fruchtbarere analytische Kategorien hervorbringen können.

(Wird in der nächsten Nummer des INFO fortgesetzt mit dem Versuch, aus einer notwendig allgemeinen und hypothetischen Beschreibung der politisch-ökonomischen Situation der Bundesrepublik zur Behandlung einer Detailfrage fortzuschreiten (Investivlohn und Mitbestimmung), aus der sich eventuell für unser Verhältnis zu einer SPD/FDP-Regierung taktische Konsequenzen ableiten lassen).

Meino Büning

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Mitte Oktober erscheint eine Broschüre über CHE von ca. 110 Seiten zum Nettopreis von ca. DM 3.50 (Endverkaufspreis nicht mehr als 4.50), deren Erlös dem ELN Boliviens überwiesen wird. Aus dem Inhalt: Vorwort des Generalsekretariats der OCLAE - Die Tatsachen über die Ermordung Ches - Rede Fidels am 18.10.67 - Texte aus Schriften und Reden Che's über proletarischen Internationalismus - Drei Briefe - Nachrichten und Kommentare über den Tod "Inti" Peredos - Manifest der ELN Boliviens an das bolivianische Volk.

CHE !

Sammelbestellungen für Arbeitskreise etc. zu ca DM 3.50 an:
PG - INTERNATIONALISMUS, 78 FREIBURG/BR, SEDANSTR. 10

KLASSEN JUSTIZ: "RÄDELSFÜHRER-PROZESS in Frankfurt.

SENGHOR - PROZESS

13

Am 16.1o. wurde der Senghor-Prozeß gegen Günther Amend, Hans Jürgen Krahl und KD Wolff eröffnet. Die 4. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt beschäftigt sich nach dem Brandstifterprozeß mit dem zweiten größeren politischen Verfahren, das in Prozeßführung und Strafmaß von einiger Relevanz für das Gebaren der Justiz in der BRD sein dürfte. Die Frankfurter Justiz war bisher durch ein für diesen Staat außerordentliches Maß an Liberalität gekennzeichnet. Von den ca. 4o politischen Verfahren endetender überwiegende Teil mit Freisprüchen. Nur das Urteil gegen Paar (1 Jahr ohne Bewährung) und gegen Böblenz, sowie das Brandstifterurteil fielen aus dem "normalen Strafrahmen". Mit äußerster Mattigkeit nahm sich die Frankfurter Justiz der bisher ausstehenden 6oo Verfahren an.

Der Senghor-Prozeß kann hier zweifelsohne ein Wendepunkt sein, daß die Anklage ihr Hauptaugenmerk auf die vermeintliche Rädelsführerei der Angeklagten gerichtet hat. An dieser Stelle wird sich der Prozeß entscheiden, d.h. ob es gelingt, dem Gericht begreiflich zu machen, daß studentische Aktionen nicht im Verhältnis von Anleitung und Gehorsam stehen, sondern vielmehr ein Ergebnis von Aufklärung und rationalen Erkenntnisprozessen ist, die den einzelnen Teilnehmer einer Demonstration sehr nwohl in die Lage versetzen, selber den Gehalt und die Notwendigkeit bestimmter Aktionen einzuschätzen. Dagegen spricht zumindestens, daß dieser Staat notwendigerweise Massen als "dumpf und manipulierbar" betrachten muß, als fungible Fließbandknechte, allenfalls fähig zu vorgeschriebenen Handbewegungen.

Zum zweiten erscheint es möglich, in diesem Prozeß an die antiimperialistischen Aktionen, die für die Studentenbewegung konstitutiv waren, anzuknüpfen, jedoch in der Weise, daß nicht mehr die Opfer des US-Imperialismus gezählt und numeriert werden, sondern daß die Rolle, die die BRD in diesem weltweiten Ausbeutungssystem spielt, aufgedeckt wird und xmm somit zum Gegenstand von Aktionen gegen staatliche und Industrieinstitutionen werden kann. Die Aufdeckung der umfangreichen Unterstützung, die die BRD den Ländern der dritten Welt gewährt, eine Unterstützung, die Arbeiter und Bauern in diesen Ländern mit einem Leben am Rande des Verhungerns bezahlen müssen, muß Gegenstand dieses Prozesses werden.

Gleich wie dieser Prozeß ausgeht, ob Freispruch oder ein Urteil à la Pohle oder Schmiedel: auch wenn die Frankfurter Justiz langsamer und mit kleineren Hämmern arbeitet: die Tatsache der systematischen Kriminalisierung wird dadurch nicht aufgehoben, die Existenzängste bürgerlicher Studenten werden genauso angeregt. Im Übrigen ging in die en Tagen der Eröffnungsbeschluß im großen Springerverfahren zu: er wird zweifelsohne zum größten Nachkriegsprozeß. Die Anklageschrift enthält 18o Belastungszeugen (vorläufig). Der Senghor-Prozeß ist ein Testfall.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Broschüre zum Senghor-Prozeß: 7o Seiten/ 25 Seiten zum Neokolonialismus / Anklageschrift / fiktives Urteil / zur Rädelsführertheorie / Analyse der bisherigen Urteile / zum Ablauf der letztjährigen Aktionen etc. etc.

Einzelpreis DM 3.-, ab 1o Stück DM 1.5o ---- Vorauseinzahlung
REPUBLIKANISCHE HILFE FRANKFURT WILHELM-HAUFF-STR. 5 Dresdner Bank 28288o

14

DISKUSSIONSVORSCHLAG FÜR DIE VORBEREITUNG DES HOCHSCHULSEMINARS AM 8./9.11.

Das Selbstverständnis und die Praxis der "Hochschulrevolte" hat sich, selbst wo sie sich sozialistisch verstand, von einer Reihe von Fiktionen leiten lassen:

(a) Fehleinschätzung der gesellschaftlichen Bedeutung der Hochschulrevolte (Demokratisierung der Hochschule ließe sich als Modell auf die Gesamtgesellschaft übertragen; Studentischer Machtanspruch sei identisch mit Klassenkampf; Besetzungen gleich Enteignung von Produktionsmitteln).

(b) Die Fiktion, gesellschaftlich relevante Arbeit im Freiraum der Hochschule ohne praktischen Bezug auf die Gesamtgesellschaft sei möglich (kritische Theorie als unverbindliche Freizeitbeschäftigung).

(c) Das Selbstverständnis der Hochschulrevolte blieb selbst in der Ablehnung hochschulbornierter Praxis völlig geprägt von der Arbeit im Rahmen der bestehenden Universität (Fixierung studentischer Aktionen an die Ordinarien; syndikalistische Forderungen nach Mitbeteiligung innerhalb der Universitätsgremien).

(d) Die Politisierung der Studenten vollzog sich auf zwei Ebenen: in den Vietnam-Aktionen war in der Solidarisierung mit den Befreiungsbewegungen in der dritten Welt ebenso wie im Kampf gegen den Springer-Konzern als dem Kampf gegen gesamtgesellschaftliche Manipulation antikapitalistisches Bewußtsein entwickelt worden. Diese Politisierung des Bewußtseins der Akteure wurde im Kampf an der Hochschule, der meist nur aus der Analyse der inneruniversitären speziellen Unterdrückung hervorging, syndiakalistisch verengt, weil die konkreten Erfahrungen der Klassengesellschaft, die in den Vietnam-, Springer-, Notstandsaktionen material geworden waren, nicht mehr berücksichtigt wurden. Daher mußte die Politisierung der studentischen Akteure fast überall scheitern; die privilegierte Situation der Studenten, die es ihnen ermöglicht, die Erfahrung der Repression durch Resignation, Verinnerlichung und Hoffnung auf spätere Mitbeteiligung an der Herrschaft zu verdrängen, wurde nicht berücksichtigt.

Diese Fiktionen sind nicht Ergebnisse individueller Fehleinschätzung, sondern entsprechen dem Bewußtsein der Klasse, der die Mehrzahl der Studenten entstammt. Aus der Stagnation der unter solchen Fiktionen zustande gekommenen Hochschulrevolte ergibt sich jedoch nicht die Unmöglichkeit eines permanenten Politisierungsprozesses und die Bedeutungslosigkeit der Hochschulrevolte für den außeruniversitären Klassenkampf. Die Bestimmung der studentischen Bewegung im Klassenkampf kann aber nicht durch eine abstrakte Definition der "revolutionären Rolle der Intelligenz" geleistet werden. Diese Rolle ist vielmehr abhängig von den ökonomischen Verhältnissen: Ein real vorhandener Bewußtseinsvorsprung bleibt solange abstrakt und gesellschaftlich wirkungslos, wie die proletarische Klasse noch keine Ansätze von Organisation hat. Im Klassenkampf selbst verliert die Intelligenz jede eigenständige Rolle.

Mit der Verschärfung der Klassengegensätze beginnen sich gegen die Anpassungstendenzen der Gewerkschaften die ersten Kampfformen der Arbeiterschaft herauszubilden. Jede Neuorganisierung der studentischen Bewegung, die keinen Bezug zur neuen gesellschaftlichen Situation findet, verfällt den alten Fiktionen der Hochschulrevolte, so sehr sie sich auch sozialistisch verstehen mag. Bezug zur außeruniversitären Praxis heißt aber

15

nicht die Herausnahme der sozialistischen studentischen Kader aus der Hochschulpolitik, und zwar aus folgenden Gründen:

a) Die Organisationsansätze des von der Arbeiterklasse geführten Klassenkampfes können nur von ihr selbst bestimmt werden. Solange sie erst ansatzweise vorhanden sind, würde jede "massenhafte" studentische Mitarbeit desintegrierend wirken.

b) Soll sich klassenkämpferische Praxis nicht in Parolen erschöpfen, so muß sie sich aus der Erfahrung der einzelnen Individuen legitimieren. Der Erfahrungsbereich der Studenten ist im Augenblick noch völlig durch ihre Situation in der Universität bestimmt. Die Organisation sozialistischer, über die bloße syndikalistische Vertretung hinausgehende, studentischer Praxis an der Universität wird erst möglich, wenn politische Arbeit an der Universität Teil einer gesamtgesellschaftlichen, antikapitalistischen Praxis ist. Nur dann gewinnt die politisierende Arbeit in der Universität Ausbildungscharakter für den Kampf außerhalb der Universität.

c) Technokratische Hochschulreform und direkte Einflüsse der Industrie beweisen die systemstabilisierende Notwendigkeit der Universität für die spätkapitalistische Wirtschaft. Gleichzeitig erlangt die Produktivkraft Wissenschaft eine steigende Bedeutung. Soweit die derzeitige Universität den steigenden Erwartungen der monopolkapitalistischen Wirtschaft nicht entspricht, wird sie durch funktionablere Institutionen ersetzt werden. (Fachhochschulen, Stiftungsuniversität etc.) Die Studentenrevolte muß in alle diese Institutionen getragen werden, in denen Wissenschaft verwendet wird zur Unterdrückung der Arbeiterklasse.

Auf der anderen Seite hat das direkte Eingreifen des Staates und der Wirtschaft in die "Autonomie"der Ordinarienuniversität durch Ordnungsrecht und technokratische Hochschulreform jede studentische Politik als studentische Politik in der Hochschule zum Scheitern verurteilt. Disziplinierungsmaßnahmen an der Universität werden künftig allein durch außeruniversitäre politische Arbeit beantwortet werden können.

Aus dieser Situation heraus ergeben sich folgende strategische Ansätze für eine politische Arbeit an der Universität, die weder hochschulborniert in syndikalistischer Praxis endet, noch sich aus der Politisierungsarbeit an der Universität zurückzieht:

1) Bereits im derzeitigen Stadium einer erst ansatzweise begonnenen Organisierung der Arbeiterklasse haben studentische Genossen neben ihredr praktischen Mitarbeit in den Basisgruppen spezifische Hilfsfunktionen zu erfüllen, die direkt verbunden sind mit ihrer Arbeit innerhalb der Universität: das Recherchieren und Bereitstellen von Material, das zur Vorbereitung und Vermittlung der konkreten Aktionen und Agitationskampagnen der bestehenden Basisgruppen benötigt wird (innerbetriebliche Herrschaftsstruktur, Statistiken zur Vorbereitung von Mieterkampagnen etc.)

2) Die Relativierung des von der bürgerlichen Herkunft der Studenten bestimmten elitären Erfahrungshorizonts, in den selbst sozialistisches Bewußtsein als praxisentzogener persönlicher Glauben eingeht durch Arbeit im außeruniversitären Bereich und deren Vorbereitung (Schülerläden für Arbeiterkinder, Medizinerläden, Sexpol-Praxis, Deutschunterricht für Gastarbeiterkinder etc.). Die bisher betriebene Praxis steht allerdings unter einem Mißverständnis: sie versteht sich als gesellschaftlich relevant, während es sich lediglich um "karitative Praxis" handelt, deren politischer

Bezug zur Organisierung des Klassenkampfes nicht aufgeiwiesen werden kann. Ihre Bedeutung besteht allein in der Proletarisierung des studentischen Bewußtseins, die durch bloße Theorie nicht zu erreichen ist.

3) Die Pervertierung wissenschaftlicher Forschung durch ihre Funktionalisierung als Herrschaftsmittel in der spätkapitalistischen Gesellschaft, erfordert den Aufbau einer Gegenwissenschaft, dies umso mehr als der wachsende Praxisbezug der studentischen Bewegung die linksliberale Theorie immer mehr dazu zwingt, ihre Herrschaftskonformität zu betonen (Habermas etc.). Die bisherigen Projekte(kritische Universität, studentische Arbeitskreise), so kritisch und tendentiell sozialistisch sie gemeint waren, standen alle im Zeichen des kleinbürgerlichen Subjektivismus, der das Bewußtsein der Studentenschaft prägt. Kritische Theorie wurde verstanden als das Herantragen der marxistischen Kategorien an alle nur denkbaren Wissensbereiche und -probleme ohne den geringsten Praxisbezug. Voluntaristische Ideologiekritik, die sich allein vom subjektiven Bedürfnis des "kritischen" Studenten, der jeweils seine spezielle Wissenschaftssituation problematisiert zu sehen wünschte, bemaß, ersetzte den Bezug revolutionärer Wissenschaftspraxis zum eigentlich revolutionären Subjekt des Klassenkampfes und die Definition der Wissenschaftspraxis hätte sich vor allem zu beschränken auf:

a) Theorie und Strategie des Klassenkampfes
b) Einatz der technischen Intelligenz für die Arbeiterbewegung
c) Selbstbestimmung der objektiv herrschaftsstabilisierenden Rolle der Intelligenz und Aufhebung ihrer Isolierung von der Arbeiterklasse (Sprachbarrieren, Sprachmanipulation etc.)

4) Politische Arbeit an der Universität hat die Übergangssituation des Studenten an der Universität zu berücksichtigen und darf sich nicht an den augenblicklichen Bedürfnissen ausrichten, sondern muß sich an der künftigen Rolle des Studenten im Beruf orientieren. Da bürgerliche Wissenschaft Forschung und vor allem universitätsbezogene Lehre nur als Medium des ideologischen Schleiers, hinter dem die Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft sich versteckt, dient, kann eine Gegenpraxis sich nicht an der Errichtung einer jweils fachspezifischen Gegenwissenschaft begnügen, sondern hat ideologiekritisch den „Verschleierungscharakter" bürgerlicher Wissenschaft und den sich daraus ergebanden Sozialisationszusammenhang am Stoff der einzelnen Wissenschaftsbereiche vermittelt zu zeigen (Desillusionierungskampagnen, Arbeit mit Erstsemestern, Berufpraxisdiskussion): nicht Brecht statt Goethe, sondern "Besinnungsaufsatz" über Mehrwert statt "Besinnungsaufsatz" über Muße.

5) Die völlige Abtrennung des Studenten von jeder Entscheidungsmöglichkeit über seinen Verwendungszusammenhang im späteren Beruf ist partiell aufgehoben lediglich im Bereich der Sozialisationsberufe. Hier ist gesellschaftlich relevantes Handeln auch gegen die Fremdbestimmung und herrschaftsstabilisierenden Funktionalisierung der akademischen Berufe möglich. Die Vorbereitung auf den Sozialisationsbereich und die Erarbeitung von Handlungsmodellen ist von der Universität aus zu leisten (Didaktik, inneruniversitäre Sozialisation, Kinderläden, Jugendkommunen, Lehrlingsarbeit, PH-Studenten).

6) Der außeruniversitäre Praxisbezug als Korrektiv des Wissenschaftsfetischismus erlaubt es, über die inneruniversitäre Wissenschaftsreformierung, die der fast einzige Inhalt der bisherigen Studentenbewegung war (kritischer Lehrstoff, öffentliche Prüfungen, adäquate Darstellungsform und Didaktik) hinauszugehen und das Studium unter den gegebenen Bedingungen als Vorbe-

reitung und Einübung gesellschaftlicher Praxis zu verstehen. Die Aufgabe besteht in der Organisierung kollektiver Arbeitsformen, die, befreit vom Glauben an die Wissenschaftlichkeit des Universitätstudiums möglichst energiesparend den für Prüfungen notwendigen Wissensstoff akkumulieren, die gewonnene Zeit in politisch-praktische Arbeit umzusetzen. Gleichzeitig sind die kollektiven Arbeitsformen Organisationskeime kollektiven Verhaltens im Berufsbereich und den studentischen Bezug überschreitend, Einübung solidarischen Handelns innerhalb der Arbeiterbewegung, die der Intelligenz aus ihrer Herkunft und Erziehung heraus besonders schwer fällt.

Aus den hier angedeuteten Ansätzen ergibt sich der Rahmen, innerhalb dessen studentische Aktionen heute lediglich noch sinnvoll sein können. Die gesamte Hochschulrevolte hinkt in ihrem Bewußtsein hinter der realen Entwicklung hinterher. Obwohl staatsdirigistische Eingriffe in die Hochschule die Fiktion einer autonomen Hochschulpolitik ad absurdum geführt haben, bezogen sich fast alle studentischen Aktionen in der Universiät auf eben diese Fiktion und waren völlig von sekundären inneruniversitären oder innerinstitutionellen Konflikten bestimmt. Das Zielobjekt all dieser Aktionen war der einzelne Student und dessen subjektive Bedürfnislage, nicht der Arbeiter und die Notwendigkeit des Klassenkampfes. Die Berücksichtigung dieser Notwendigkeit würde studentischen Aktionen nur sinnvoll erscheinen lassen, wenn

a) die Aktionen die konkrete Verflechtung von Politik und Wissenschaft an der Universität aufzeigen würden (an Hand des Ordnungsrechts, Relegationen etc.)

b) die Aktionen zur Offenlegung der Forschungsobjekte und -programme dienen, in denen Wissenschaft zur Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse verwendet wird.

Agitationskampagnen und Aktionen auf der Universität bereiten den Klassenkampf nicht vor, sie ersetzen ihn auch nicht, sie sind aber nötig, um die studentische Avantgarde, die sich auf die Seite der Arbeiterklasse stellt, von ihrem abstrakten Bewußtsein zu konkretem Handeln zu bringen.

SDS München und BV

18

DIE POLITISCHE PRAXIS DES KIELER SDS UND DIE FUNKTION EINER SOZIALISTISCHEN STUDENTENORGANISATION

Eine kritische Bestandsaufnahme

Die nachweisbare Unfähigkeit der Kieler SDS-Gruppe, zu einer sozialistischen Massenorganisation zu werden, und die Tatsache, daß die sozialistische Bewegung auch in Kiel nach einer antiautoritären Bewußtwerdungsphase in das Stadium der Konsolidierung durch gezielte Arbeit geschulter Kader an der Basis auch außerhalb der Universitäten eingetreten ist, stellt die Kieler Genossen vor grundlegende, politische strategische Konsequenzen. Dabei können wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, wenn wir die politische Praxis der Kieler Gruppe an Hand der Dialektik von für die Bewegung wichtigen Ereignissen und des Bewußtseins der Genossen einerseits, Strategie und Organisation andererseits analysieren.

Bis zum 2.Juni 1967 bestand der Kieler SDS aus einem Kern von theoretisch versierten Altsozialisten und ideologisch heimatlos gewordenen Sozialdemokraten. Ihre Praxis erschöpfte sich in theoretischen Arbeitskreisen und abstrakten Aufklärungsaktionen (Flugblätter bei Howaldt z.B.).

Der 2.Juni löste eine Mobilisierung des antiautoritären Studentenpotentials und die sogenannte Hochschulrevolte aus. Von einem neu hinzugekommenen Schub von antiautoritären Genossen in Bewegung gesetzt, versuchte der SDS als reine Hochschulgruppe an der Universität eine allgemeine Politisierung einzuleiten. Es wurden aufklärerische Arbeitskreise ins Leben gerufen, etwa nach Vorbild der kritischen Universität (HKA). Das erwachte Selbstbewußtsein der Studenten stellte die Mitbestimmungsfrage in den universitären Entscheidungsgremien in den Mittelpunkt der politischen Arbeit. Die Studenten wurden auf Massenveranstaltungen und durch Aktionen mit fortschrittlichen Hochschulprogrammen agitiert. Dabei trat der SDS als eine Gruppe unter vielen auf und sah sich ständig gezwungen, an der Spitze einer versöhnlerisch-reformistischen Einheitsfront aus bürgerlich-demokratischen Liberalen und Sozialdemokraten zu marschieren und das an diese Gruppe gebundene Studentenpotential zu mobilisieren. Die bornierte positive Fixierung auf die Universität erhielt ihren ersten Dämpfer, alg sich die Gruppe außerstande sah, während der Verkehrsdemonstrationen im F bruar 1968 die politische Führung der radikalen Massenaktionen zu übernehmen. Als die politische Stagnation der Gruppe auch während der Osteroffensive gegen Springer anhielt, wurde das Bedürfnis nach Kontakten zu gesellschaftlich relevanten Trägergruppen für den sozialistischen Kampf im Spätkapitalismus immer stärker. Bei der Gruppe wurde die positive Fixierung auf die Universität als Schauplatz eines theoretisch nicht nachweisbaren "Klassenkampfes", durch eine negative abgelöst unter der Parole: "Raus kaus der Uni - rein ins Proletariat!" Im Zusammenhang mit dieser strategischen Konzeption stand eine organisatorische Neugliederung der Gruppe in sogenannte Stadtteilbasisgruppen. Da sich die Parole "Rein ins Proletariat!" als Wunschdenken entpuppte, verkamten die Basisgruppen zu sporadischen politischen Stammtischen, was dazu führte, daß viele antiautoritäre Genossen aus der Bewegung herausfielen. In diesem Fall war der Versuch gescheitert, Verbindlichkeit in der Arbeit bei antiautoritären Genossen herzustellen, weil keine Notwendigkeit des Aufbaus von festgefügten verbindlich arbeitenden Kadern zu vermitteln war. So kam es denn auch, daß ein völlig arbeitsunfähiger, weil dezentralisierter und nicht kontrollierbarer SDS von Antinotstandsaktionen überrascht wurde. Unter dem Druck des Hochschulgesetzes wuchs die politische Relevanz der Basisgruppen unabhängig vom SDS, und es gelang nicht, diese Bewegung an der Basis unter Kontrolle zu bringen. Die Basisgruppen fingen jetzt an, die Beziehung ihrer Wissenschaft zur Ent-

wicklung des Spätkapitalismus unter dem Aspekt des Hochschulgesetzes zu diskutieren, verharrten aber dabei größtenteils im Stadium einer fachspezifischen Aufklärung und zogen keine politischen Konsequenzen. In der Institutsbesetzung fanden die Basisgruppen ein Betätigungsfeld, das ihre fachbezogenen Interessen mit der politischen Aktion vermitteln konnte. Die spätestens zu diesem Zeitpunkt erkennbare Verlagerung des politischen Schwergewichts an die Basis machte die Funktionslosigkeit einer pluralistischen Gruppe deutlich. Die arbeitenden Genossen hatten ihr festes Agitationsfeld in den Basisgruppen, die außeruniversitäre SDS-Arbeit war hinfällig, da ~~kmit~~ - teilweise von SDSlern initiiert - selbständige sozialistische Organisationen (Rote Garde) und Schüler sich gebildet hatten.

Der Verfall des SDS als Hochschulgruppe im klassischen Sinn hat mehrere Ursachen:

- Der bornierte bürgerliche Klassenstandpunkt vieler Genossen hatte eine falsche Analyse zur Folge, die die Universität a) als primären Klassenkampffaktor interpretierte, b) als antizipatorisch zu erkämpfenden und zu sozialisierenden Freiraum, von dem aus die Befreiung der lohnabhängigen Klassen und die Entwicklung gesellschaftlicher Widersprüche in Angriff genommen werden kann.

- Die Trennung vom Studium, das normal weiterlief, und politischer Praxis führte bei vielen Genossen zu einer Entfremdung von der Basis. Es wurde die Universität nicht als ein Durchgangsstadium begriffen, nach dessen Abksolvierung eine revolutionäre Berufspraxis eine Kontinuität des politischen Kampfes gegen den Kapitalismus gewährleistet hätte. Das bürgerliche Bewußtsein vieler Genossen begnügte sich damit, abstrakte Analysen anzufertigen und abstrakte Agitation in Verbindung mit möglichst radikalen und optisch wirksamen Aktionen für eine revolutionäre Aufgabe zu halten.

- Die größtenteils unterlassene Analyse von der Funktion der Produktivkraft Wissenschaft im Spätkapitalismus k und die dadurch fehlende Vermittlung von materiellem Interesse in der Berufssituation mit der Notwendigkeit verbindlicher politischer Arbeit und revolutionärer Aktion, führte zu individualistischem Verhalten, was meist mit einem Abbröckeln der Bewegung Hand in Hand ging.

- Die Organisationsformen der Gruppe entsprachen nicht dem Bewußtseinsstand der meisten Genossen. Die wenigen arbeitenden Genossen versuchten ständig, die restlichen SDSler zur Mitarbeit zu bewegen, und schufen dazu Organisationsformen, in die alle Genossen global integriert werden sollten.

- Die Verlagerung der arbeitenden Genossen in die Basisgruppen und das Aufkommen tragfähiger sozialistischer Organisationen außerhalb der Universität hat einen SDS als übergreifenden pluralistischen Haufen hinfällig gemacht, zumal der AStA die Aufgabe der Koordination viel besser ausfüllen kann. Außerdem ist ein großer Teil der arbeitenden Genossen in den Basisgruppen vom SDS nicht erfaßbar.

D e n S D S g i b t e s n i c h t m e h r !

Bis zu diesem Zeitpunkt verstanden wir den SDS als politische Hochschulgruppe, die als Avantgarde überall die Führung zu übernehmen hätte, um die Massen auf unseren Kurs zu bringen. Doch zeigte sich gerade jetzt, daß alle noch so gutwilligen Neuorganisationskonzepte an der überholten Struktur des SDS scheitern mußten. Um verbindliches Arbeiten daher zu gewährleisten, müssen wir politisches und berufliches Interesse verbinden. Bei der alten Organisationsform hing jegliches Arbeiten immer vom Grad des Bewußtseins ab, wurde dadurch zu einer moralischen Kategorie und konnte durch gegenläufige Interessen leicht aufgehoben werden. So erzeugt ein fal-

sches Bewußtsein (wenn auch zur damaligen Zeit nicht immer subjektiv falsch) eine falsche Organisationsform, die wiederum z.T. verheerende Auswirkungen auf das Bewußtsein hatte.

Indem wir durch die Organisationsform jetzt für die Respektierung unserer materiellen Interessen gesorgt haben, haben wir gleichzeitig - dies allerdings auf Grund theoretischer Erkenntnisse - den Grundstein zur Zusammenarbeit mit den Betriebsgruppen gelegt. Zur Effektivierung der Arbeit an der Basis und der Produktion von Analysen wird es notwendig werden, mit den beruflichen Bezugsgruppen zusammenzuarbeiten, die dem jeweiligen Fachbereich an der Uni entsprachen.

Dazu betrachten wir zunächst kurz den Aufbau der heutigen spätkapitalistischen Gesellschaft und stellen fest: es gibt im wesentlichen drei Sektoren, den Produktionssektor, den Sozialisationssektor und den Verwaltungssektor. Analog dazu läßt sich auch die Universtät aufteilen und zwar im Hinblick auf das Berufsziel. (Germanistik - Sozialisationssektor; Volkswirtschaft - Verwaltungs- und Produktionssektor etc.). Später einmal wird es uns vielleicht gelingen, die Studenten nach ihren jeweiligen Studienzielen den Bezugsgruppen exakt zuzuordnen, heute jedoch können wir (da das Prinzip noch unerprobt ist und wir noch zu wenige Mitglieder sind) nur global ein Studiengebiet einem Berufszweig zuordnen. Durch diese Organisationsform gelingen uns jetzt bessere Kommunikationsmöglichkeiten mit außeruniversitären Gruppen. Kampagnen und Aktionen, die früher in den verschiedenen Gremien besprochen wurden, brauchen jetzt nur noch in einem Zentralkomitee geplant zu werden. Nachfragen nach Fachleuten können besser koordiniert und dann vom betreffenden Kader bearbeitet werden. So wird langfristig die theoretische und praktische Diskussion an die Basis verlagert. Andererseits werden zu Strategie- und Koordinationsfragen auch die Zentralgremien der linken Gruppen zusammenkommen.

Die neue Organisation - der wir aus verschiedenen Gründen ebenfalls den Namen SDS geben - setzt sich nicht mehr die Aufgabe, die Mobilisierung der Arbeiter selbst zu leisten, sondern sie versucht den bewußtesten Kräften innerhalb der Arbeiterschaft und den Lehrlingen die bestmögliche Hilfe zu liefern bei dem Versuch, ihre Basis zu mobilisieren. Wir stellen fest, daß es unsere Aufgabe ist, die Wissenschaft für das Proletariat am effektivsten nutzbar zu machen. Von uns gefertigte Analysen müssen in unserer Hand zur Waffe werden. - Rotfront!

(gekürzt)

Einige kritische Thesen zum Kieler Papier:

1. Das Papier intendiert den richtigen und in der gegenwärtigen politischen Situation sogar notwendigen Anspruch auf eine kritische Selbstreflexion der eigenen Geschichte, da nur auf eine solche Weise das falsche Bewußtsein über die Organisationsfragen der Bewegung und ihre theoretischen Voraussetzungen beseitigt werden kann. Allerdings gelingt es dem Papier nicht, diesen Anspruch wirklich einzulösen und Fragestellungen zu entwikkeln, die über den traditionellen Bezugrahmen antiautoritären Protests hinausweisen. Der abstrakt richtige Ansatz verkommt bei kden Kielern zu einer lokalbornierten schlechten Geschichtsschreibung, da sie die strukturellen Beziehungen zwischen der Entwicklung der gesamten Protestbewegung und deren konstituierenden Bedingungen, als da sind informelle Kader, Protest- und Moralbegriff, Verhältnis zur Arbeiterklasse und zu den Befreiungskämpfen der dritten Welt, nicht in ihre Analyse einbeziehen. Das Papier kritisiert zwar scharf die Phänomene der Protestbewegung, wie die subkulturellen Versumpfungen u.ä., ohne jedoch in seiner Kritik selbst die Protestbewegung als solche miteinzubeziehen.

2. Die Kieler Analyse beschränkt sich auf einen Vergleich vergangener Organisationsvorstellungen und Kapitalismusinterpretationen aus den Erfahrungen und Bedürfnissen der gegenwärtigen Situation des SDS. So fällt es nicht schwer, den traditionellen Bezugsrahmen antiautoritären Protests als falsch zu denunzieren, ohne aber die jeweilige historische Relevanz bestimmter Organisationsvorstellungen und Theorien für die Konstituierung einer antikapitalistischen Studentenbewegung deduzieren zu können. In der Tat bleibt ihnen daher keine andere Konsequenz, als zu behaupten, daß "der bornierte bürgerliche Klassenstandpunkt einiger Genossen eine falsche Analyse zur Folge hatte". Da man aus seiner eigenen Geschichte also nicht recht schlau geworden ist und andererseits der hisktorisch entstandene Sumpf jede sinnvolle Arbeit blockiert, greift man kurzerhand zu gewaltigen, formalisierten Organisationskonzepten (SDS-Basisgruppenkader, Zentralrat und "andere Gremien", etc.). Diese formalisierten Organisationskonzeptionen sind nichts anderes denn der Versuch einer abstrakt zu konstituierenden Verbindlichkeit, die da meint, ohne einen neuen politisch-strategischen Bezugsrahmen in die Reste der Protestbewegung Verbindlichkeit hineintragen zu können. Überhaupt zeigen die Kieler Genossen ein hohes Maß an formaler Verkümmerung, denn ausschließlich in formalen Organisationsstrukturen erblicken sie ihr Heil - vice versa kulminiert ihre Kritik an der antiautoritären Bewegung in dem Mangel an der Verbindlichkeit und nicht etwa an ihrem politischen Selbstverständnis. So sehen sie in "besseren Kommunikationsmöglichkeiten", in der "Planung im Zentralrat" und in der "besseren Koordination von Fachleuten" und in der "effektiveren Arbeit der betreffenden Kadergruppen" den wesentlichen Inhalt ihres Organisationskonzeptes.

3. Das Papier geht von der Fiktion einer insgesamt revolutionär mobilisierbaren Studentenschaft aus. Diese These stützt sich auf ein Kapitalismusverständnis, das zumindest Originalität für sich beanspruchen darf. So teilt man denn in Kiel den Kapitalismus, und zwar in 3 Sektoren: den Produktionssektor, den Sozialisationssektor und den Verwaltungssektor (in der Tat eine schöpferische Anwendung des Marxismus-Leninismus!). Daraus wird die Möglichkeit einer fächerspezifischen Mobilisierung deduziert, ohne andererseits jedoch den sich relativierenden Klassencharakter der einzelnen Wissenschaften und ihre spezifische Funktion im Verwertungsprozeß des Kapitals zu berücksichtigen. Die Konsequenz aus dieser etwas seltsamen Analyse und der im Grunde nicht durchschauten eigenen Geschichte ist eine vollständige Syndikalisierung revolutionärer Politik, deren Inhalt sich im wesentlichen, unbeschadet aller bisherigen Erfahrungen und Diskussionen, an einer revolutionären Berufsperspektive festmacht. Daraus ergibt sich einerseits der Verlust des gesamtgesellschaftlichen Totalitätsbezugs (siehe das Verhältnis des Papiers zu den NS-Gesetzen) und andererseits der Verlust der Dimension der organisatorischen und politischen Rolle einer revolutionären Avantgarde, wie sie der SDS zumindest für die traditionelle Protestbewegung darstellte. Ausschließlich in diesem Bezugsrahmen kann sinnvoll die Funktion des SDS als wesentliches Interpretations- und Organisationssubjekt der Studentenbewegung diskutiert und unser sich modifizierendes Verhältnis zur Arbeiterklasse neu bestimmt werden. Durch ihre ksyndikalistische Konzeption fällt es den Kielern daher nicht schwer, kden SDS in seiner traditionellen Form als einen "übergreifenden pluralistischen Haufen" darzustellen und seine Auflösung i die einzelnen Basisorganisationen zu postulieren. Ebenso unbeschwert löst man die Avantgardeproblematik für die Arbeiterklasse, indem man das syn-

dikalistische Konzept der Universität a limine überträgt und die Rolle der revolutionären Studenten als bloße Zuträger positivistisch verkürzter Analysen beschreibt. Es ist diesen partikularisierten Basislurchen nicht möglich, die notwendige Arbeitsteilung der bürgerlichen Wissenschaften aufzulösen. Im Gegenteil greifen sie zu der technokratischen Kooperationsform & "interdisziplinären Arbeitens" (so hat man die Kapitalismusanalyse einerseits den Soziologen-Nationalökonomen, andererseits den Soziologen-Psychologen zugeteilt, und für die revolutionäre Dialektik dürfen zu guter letzt die Philosophen ihren Teil dazu beitragen), ohne jedoch zu reflektieren, daß die Überwindung der arbeitsteiligen Strukturen der Wissenschaften in der marxistischen Theorie nicht auf einer arbeitsökonomischen Integration beruht, sondern sich logisch-systematisch aus der theoretischen Kritik der Totalität des Kapitalismus als eines Systems ergibt. Sow werden denn die "kooperativ Arbeitenden" in ihren Analysen den Positivismus der bürgerlichen Sozialwissenschaften kaum überwinden, da sie die gesellschaftlichen Vermittlungen ihrer eigenen Voraussetzungen nicht ideologiekritisch aufarbeiten.

Sozialistische POLITIK

Organ kritischer Sozialwissenschaft

Aus SoPo 1/69 (April) und 2/69 (Juni)

Aufsätze

Elmar Altvater
Die Krise der europäischen Währungen

Helmut Reichelt
Anmerkungen zur Marxschen Werttheorie und deren Interpretationen bei Werner Hofmann

Ossip K. Flechtheim
Die Politik der Zukunft und die Zukunft der Politik

Ulf Kadritzke
Rezeption und Interpretation der Studentenbewegung in der empirischen Sozialforschung

Eric Hobsbawm
Die Imperialismusdebatte in der Geschichtsschreibung

Bernd Rabehl
Rätedemokratie in der industrialisierten Gesellschaft

Wolfgang Müller
Habermas und die Anwendbarkeit der Arbeitswerttheorie

H.C.F. Mansilla
Bolivien, Debray und revolutionäre Strategie

SoPo 3/69 (Okt.) enthält u.a.:

Sebastian Herkommer	**Technische Intelligenz im Spätkapitalismus**
Hubertus Hüppauff	**Fordstreik, Anti-Streik-Gesetze und der Mythos der Militanz**
Peter Hess	**Kapitalistisches Wachstum zwischen Gleichgewicht und Ungleichgewicht**
Bernhard Blanke	**Thesen zur Faschismus-Diskussion**
Frank Unger	**New Left in Großbritannien**
Palästina-Komitee (Westberlin)	**Zur Lage im Nahen Osten**

Redaktion und Vertrieb
1 Berlin 33, Ihnestr. 21
Tel. 76 90 2341

Jährlich erscheinen vier Hefte. Einzelheft DM 3,–. Jahresabonnement incl. Porto DM 12,– (für Studenten gegen Studienbescheinigung DM 8,–).

23

Zum Saarländischen Bergarbeiterstreik

I.

Daß dieser Bericht verhältnismäßig spät kommt, ist kein Zufall: Einmal ist die Saarbrücker Gruppe zu klein, als daß sie neben der laufenden Arbeit kurzfristig Analysen liefern könnte. (Das ist jedoch nicht unser internes Gruppenproblem allein: In der Provinz politisierte Studenten wandern möglichst schnell in attraktivere Städte ab, während umgekehrt Genossen aus den größeren Gruppen nicht daran denken, in der Provinz zu arbeiten.)
Hinzu kommt aber auch, daß uns die Mühelosigkeit, mit der im SDS Analysen und Theorien produziert werden, bedenklich erscheint. Paradebeispiel dafür sind die Heidelberger: Da kommen während des Streiks einige Heidelberger Genossen für ein paar Stunden zur Inspektion nach Saarbrücken. Die Roten Kommentare vom 12.9. melden daraufhin: "Die Saarbergleute haben aus ihren eigenen Reihen Verhandlungsleute gewählt. Diejenigen, die sie kennen, mit denen sie täglich Seite an Seite arbeiten, sind die einzigen, denen sie noch vertrauen." Nachdem Genosse Schmierer einige Tage später Gelegenheit hatte, auf die Unhaltbarkeit dieser Schilderung hingewiesen zu werden ("gewählt" wurde nämlich gar nicht; allenfalls akklamier und zwar dem, der den Mut hatte, etwas lauter als die anderen zu reden: von "kennen" kann keine Rede sein usw.), erscheint zwar in den Roten Kommentaren vom 23.9. eine andere Beschreibung - die Widersprüche zwischen beiden Beschreibungen zu erklären, halten die Heidelberger nicht für nötig. Im Gegenteil, mit der gleichen Sorglosigkeit wird weiter theoretisiert. Z.B. haben die Genossen bei ihrem mehrstündigem Besuch in Saarbrücken erfahren, daß "die" Bergarbeiter meinten, "sie müßten'wie die Studenten' vorgehen".
Solche Äußerungen, die gewiß auch eine Rolle gespielt haben, werden als Beleg für das Theorem genommen, "daß die Tradition der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik heute durch die Studentenbewegung vermittelt wird". Übersehen wird dabei etwa, daß die Demonstrationen aller Gruben nach Saarbrücken (verstanden als "Marsch auf Saarbrücken") unmittelbar und bewußt an historisch Formen der Arbeiterbewegung anknüpfen.
Die Art der Theoriebildung der Heidelberger wird jedoch am offensichtlichsten bei ihrer Analyse der Saarbrücker Betriebsarbeit. An den täglichen Diskussionen der Gruppe über den Streik teilzunehmen hatten sie keine Zeit: Sie mußten schnell nach Heidelberg zurück, um Rote Kommentare zu schreiben. Es genügt ihnen also als Grundlag für ihre Analyse die Aussage von irgendjemandem, die Betriebsgrupp mache Lehrlingsarbeit und könne sich um den Streik nicht kümmern, sowie ein im AStA gefundenes Flugblatt. Die Heidelberger haben nur nicht mitbekommen, daß dieses Flugblatt aufgrund der Gruppenkritik bewußt nicht verteilt wurde (es ist übrigens besser, als es die verdrehten und verkürzten Zitate der Heidelberger erscheinen lassen); sie haben ebenfalls nicht mitbekommen, daß wir noch kaum Lehrlingsarbeit machen, stattdessen jedoch schon längere Zeit Flug blätter mit - zur Freude der Heidelberger sei das mitgeteilt - betriebsinterner Problematik vor einer Grube verteilen. Aus einem bewußt nicht verteilten Flugblatt auf die Politik einer Gruppe zu schließen und aus dieser "Analyse" wieder Rückschlüsse auf den gesamten SDS zu ziehen, das ist schon nicht einmal mehr Handwerkelei sondern Pfuscherei. Wir sehen die Funktion von Analysen, die auf solche Art zusammengebraut werden, nur darin, den Führungsanspruch Heidelbergs zu untermauern. Mit sozialistischer Politik haben sie nichts zu tun.

II. Die Lage der Bergarbeiter

Die Saarbergwerke AG (SBW) (74% Bund, 26% Land) besitzen zur Zeit noch 6 Zechenanlagen. Die Bergleute stenen unter dem dauerndem Druck der drohenden Zechenstillegungen. Die Saarkohle, gegenüber der Ruhrkohle ohnehin zum großen Teil von minderwertiger Qualität, hat außerdem noch Standortnachteile (keine Wasserstraßenverbindung; Kanalbau würde sich nicht lohnen). Der Saarvertrag, der Frankreich verpflichtet, einen Teil der Förderung abzunehmen, läuft 1982 aus. Die Saarländischen Hütten als weiterer wichtiger Abnehmer sind unrentabel (1 moderne Hüttenanlage könnte so viel produzieren wie die 6 Saarländischen Hütten zusammen). Also ist auch hier in absehbarer Zeit ein Nachfragerückgang zu erwarten (es bestehen Absichten, die gesamte Verhüttung an die Küste zu verlagern).
Die SBW reagierten auf diese Entwicklung mit folgenden Maßnahmen:
1. Starke Beteiligung an anderen Projekten wie Saarlor-Chemie und Frisia (zu 58 %). Beide Unternehmen sind wenig arbeitskräfteintensiv.
2. Umschulungsmaßnahmen mit staatlicher Unterstützung (da es jedoch im Saarland wenig weiterverarbeitende Industrie gibt, stellt Umschulung allein keine Lösung dar; zudem nur für jüngere Arbeiter sinnvoll).
3. Zechenstillegungen, geringe Investitionen, niedere Lohnkosten bei hohem Leistungsdruck.

Die Belegschaftszahl der SBW sank vom 1.1.58 bis zum Mai 69 um 56% (von 65ooo auf 28ooo). Sie soll nach dem 2. Generalplan der SBW bis Anfang 73 auf 1oooo gesenkt werden (4 Gruben). Dabei hat es keine Massenentlassungen gegeben, der größte Teil verließ "freiwillig" die SBW: allein in den Jahren 1957 bis 1962 fast 2oooo.
Die SBW haben eine Reihe von Mitteln, um die "freiwilligen Abgänge" zu erhöhen:
- häufige Verlegungen von einer Grube zur anderen, von einer Abteilung zur anderen
- Leistungsdruck und Investitionseinsparungen führen zur Vernachlässigung der Sicherheitsvorschriften
- schlechte Bewetterung (ebenfalls, um Investitionen zu sparen) bedingt hohe Temperaturen und begünstigt Gasansammlungen
- oft stehen den Bergarbeitern nicht einmal das notwendige Handwerkszeug zur Verfügung.

Hohe Krankenziffern (ca. 11% !) und häufige tödliche Unfälle sind die Folgen.
Die Unrentabilität der Anlagen, besonders der hohe Anteil der Kranken an der Gesamtbelegschaft, wird als Grund für erhöhte Antreiberei genommen.
Die Lohnverhältnisse sind schlecht, seit 1958 gab es keine wesentlichen Erhöhungen. Schätzungsweise verdienen 7o % der Arbeiter zwischen 5oo.- und 65o.- DM im Monat. Nur ca. 3o %, die Schwerarbeiter vor Ort, kommen darüber hinaus. Die schwierige Absatzlage und damit die von der IGBE akzeptierte Scheinalternative 'Lohnstop oder Stillegung' dienten zur Rechtfertigung. Gewissermaßen zum nachträglichen Beweis haben die SBW jetzt nach dem Streik die Preise um etwa denselben Prozentsatz erhöht wie die Löhne(vereinfacht: bei einer Förderleistung von 3,5 t pro Mann/Schicht werden die Preise pro to um 12.-DM erhöht, das müßte heißen: pro Mann und Schicht 42.-DM mehr; in Wirklichkeit beträgt die Erhöhung 3,o4 pro Schicht).

Eine Kommunikation der Bergarbeiter untereinander ist aus zwei Gründen stark erschwert:
1. Isolation am Arbeitsplatz, haufige Verlegungen
2. Wohnverhältnisse: Schon seit dem Ende de 19. Jh. wurde im Saarland bewußt versucht, größere Proletariersiedlungen zu ver-

hindern. Die meisten Bergarbeiter wohnen deshalb verstreut in den saarländischen Dörfern, teilweise noch in Rheinland-Pfalz. Die ca. 2200 Beschäftigten der Grube Jägersfreude etwa kommen aus 250 verschiedenen Ortschaften. Die meisten von ihnen besitzen ein Einfamilienhaus mit etwas Land. Der Anteil der 1- und 2-Familienhäuser liegt im Saarland mit ca. 85% mehr als 20% über dem Bundesdurchschnitt. Diese Wohnverhältnisse bedingen lange Anfahrtszeiten mit dem betriebseigenen Busverkehrsnetz.

III. Unsere Arbeit an der Grube Jägersfreude vor dem Streik

Wir haben seit Anfang Februar 1969 vor der Grube Jägersfreude Flugblätter (bis zum Streik 8) verteilt. Anlaß für die ersten Flugblätter waren tödliche Unfälle in der Grube, die durch die Politik der SBW bedingt waren. Die Themen waren Beschreibung und Analyse konkreter Arbeitsbedingungen, außerdem Angriffe auf Betriebsrat und Gewerkschaft, die - stark von der CDU beherrscht - offen mit dem Kapital paktieren. Nachdem wir u.a. mehrfach die Methode der SBW angegriffen hatten, Bergleuten nach Unfällen keinen Krankenschein, sondern lediglich "Schonarbeit" über Tage zuzubilligen, sah sich die Betriebsleitung gezwungen, diese Praxis aufzugeben. Im übrigen reagierten die SBW auf unsere Flugblätter mit Dementis und verschärften Bespitzelungen.
Mit unserer Agitation stießen wir jedoch sehr schnell an Grenzen. Wir sahen keine Ansätze und auch keine Möglichkeiten für Kampfformen unterhalb der Ebene des Streiks: Die Angst vor Entlassungen ist zu stark. Der Bildung einer Basisgruppe standen außerdem noch die schwierigen Wohnverhältnisse entgegen.

Reaktion der Bergleute: Von Anfang an gab es keinerlei Aggressivität uns gegenüber, trotz Unterschrift "SDS", Angriffen auf Betriebsrat und Gewerkschaft, marxistischen Begriffen usw. Unsere Flugblätter wurden oft mit an den Arbeitsplatz genommen, diskutiert und an die nächste Schicht weitergegeben, während gelegentliche Flugblätter anderer Organisationen meist nur überflogen und weggeworfen wurden. Allerdings blieb die Skepsis gegenüber Studenten als Kleinbürgern und späteren Bossen.
Da die Bergarbeiter auf öffentliche Verkehrsmittel nicht angewiesen sind, entfiel während den Fahrpreisdemonstrationen die gezielte Agitation an der Grube. Dennoch wurden die Aktionen unter den Bergarbeitern diskutiert. Trotz teilweiser Kritik an militanten Aktionsformen überwog die Haltung "Die Studenten tun wenigstens etwas".
Wir haben mit unserer Agitation trotz aller Verbalradikalität objektiv höchstens gewerkschaftliche Funktionen übernommen. (Beispiele: Krankenscheine. Und: Gegenüber einer unsinnigen Anordnung eines Steigers reagierte ein Bergmann - durch eine größere Gruppe von Kollegen gedeckt - mit der Drohung "Ich bring dich ins Flugblatt". Der Steiger steckte daraufhin zurück.)

2f

IV. Verlauf des Streiks

Der Streik war nicht auf die Durchsetzung genau bestimmter Kampfforderungen ausgerichtet. Nachdem die Neunkirchner Eisenwerke seit dem 4.9. streikten, wurde auch in den Gruben über Kampfmaßnahmen diskutiert. Der Wille zum Streik war da, ehe noch konkrete Kampfziele artikuliert wurden.
Der Streik begann am Samstag, 6.9., auf der Grube Luisenthal. Anlaß war eine andere Gedingeeinstufung, die 1,6o DM weniger Schichtlohn bedeutet hätte (das Gedinge, das Akkordsystem der Gruben, richtet sich nach der Art der Arbeitsbedingungen; es wird von den Vorgesetzten ziemlich willkürlich festgesetzt; die Versetzung zu einer Arbeit, bei der das Gedinge niedrig ist, wird als Disziplinierungsmaßnahme angewandt).
Am Montag zogen die anderen Gruben nach (2 erst zur Mittagsschicht). Ausschlaggebend zur Überwindung der letzten Widerstände gegen den Streik war das Argument der notwendigen Solidarität mit Luisenthal.
Vor der Grube Jägersfreude sammelte ein Bergmann die Forderungen seiner Kollegen. Jede überhaupt vorgebrachte Forderung wurde in den Katalog aufgenommen (den wir dann auf einem Flugblatt für alle Gruben publizierten); der Katalog hätte sich auch erweitern lassen.
Die Forderungen waren:
1. Gleicher Lohn wie im Ruhrbergbau
2. Bergleute wieder an die Spitze der Lohnskala
3. Stundenlohn statt Gedinge
4. 5-Tage-Woche wie an der Ruhr
5. Kindergeld wie für die Angestellten im öffentl. Dienst
6. Urlaubsgeld in Höhe des Monatslohns
7. Treue- und Alterszulage
8. Vorschuß von 25o.-DM abbauen durch einmalige Zulage
9. Hitzegeld ab 26 Grad
1o. Entschädigung für Deputatkohle in voller Höhe auszahlen
11. Zulage für Spezialisten
12. Einheitlicher Tarifvertrag für alle Bergleute in der BRD

Später gewann die Forderung nach 1ooo.- DM Nettolohn (unklar ob als Mindestlohn oder als einheitlicher Lohn) mehr Gewicht, jedoch auch kaum als festes Kampfziel.
Die unterschiedliche Qualität dieser Forderungen ist offensichtlich: Teilweise entspringen sie eher ständischem Bewußtsein, teilweise gehen sie weit darüber hinaus (z.B. Stundenlohn statt Gedinge; oder 1ooo.- netto - was wenigstens von einem Teil als Einheitslohn verstanden wurde). Wichtiger als eine Analyse der Einzelforderungen ist es, deren diffusen Charakter zu erkennen, aus dem sich kaum Rückschlüsse auf "das" Bewußtsein "der" Bergleute ziehen lassen. Nur soviel scheint klar: Eine gemeinsame Einzelforderung konnte sich nicht durchsetzen, weil den Bergarbeitern bewußt war, daß sich bei deren Erfüllung ihre Lage kaum verbessert hätte. Andrerseits gab es kaum einen Diskussionszusammenhang unter den Arbeitern, aus dem heraus bei realistischer Abschätzung der Kampfstärke taktisch durchsetzbare Forderungen hätten artikuliert werden können. Diskussionen fanden meist nur in kleinen Gruppen statt. So hatte der Streik oft eher den Charakter einer allgemeinen Unmutsäußerungen, teilweise auch den einer Machtprobe als den einer gezielten Kampfmaßnahme.
Von einer Organisation des Streiks kann kaum die Rede sein (zur DKP s.u.). Nur eins war allen klar: Weder Betriebsräte noch (andere) Gewerkschaftsfunktionäre wurden als Sprecher der Bergleute anerkannt. Die Bergarbeiter zogen mehrmals zum Gewerkschaftshaus, bedachten die Funktionäre mit Sprechchören ("Schlafköpp"), verbrannten vereinzelt Mitgliedsbücher und die IGBE-Zeitschrift Einheit.
S. 2 zwangen einmal einen Funktionär, der lange Reden über die ständigen Bemühungen der Gewerkschaft halten wollte, dazu, sich an ihrem Kampf zu beteiligen und mit zur Bergwerksdirektion zu kommen. Die

Kritik richtete sich zum Teil gegen die Verselbständigung der Gewerkschaft ("Ihr wart schon seit Jahren nicht mehr unter Tage, lau nur noch im weißen Kragen herum; ihr seid keine Arbeiter mehr"), zum Teil ging sie vom fehlenden Ergebnis der Gewerkschaftspolitik aus ("Ihr habt geschlafen. - Ihr habt nichts erreicht"). Aus dieser Gewerkschaftskritik wurden jedoch kaum Konsequenzen für die eigene Organisation gezogen: Als Sprecher der Bergleute wurde akklamiert, wer den Mut hatte vorzutreten und zu versichern "Ich werde das und das fordern". Eine Kontrolle der selbsternannten Sprecher gab es nicht. Nachdem allerdings am Mittwoch das erste Verhandlungsergebnis bekannt wurde, bestanden die Bergarbeiter darauf, daß eine neue Delegation mit drei Vertretern je Grube gebildet wurde. Sie ließen es sich jedoch gefallen, daß diese Delegation nicht vom Vorstand empfangen wurde.
Dieses Verhalten spricht dafür, daß sich die Gewerkschaftskritik der Bergleute eher an den Erscheinungsformen der Gewerkschaftspolitik ausrichtete als an der Erkenntnis von der notwendigen Verselbständigung unkontrollierter Vertreter. Dafür sprechen auch die jetzt stark diskutierte Neubildung einer linken Gewerkschaft und eine teilweise erfolgreiche Abwerbeaktion der Christlichen Gewerkschaft nach dem Streik (dabei spielt allerdings nicht die Vorstellung eine Rolle, daß die christl. Gewerkschaft besser sei als die IGBE, sondern die Tatsache, daß die christliche weniger Beiträge erhebt:"Wir haben weder von der einen noch von der anderen etwas; dann gehen wir lieber dahin, wo wir weniger zahlen müssen".)

Aktionsformen: Schon am Montag zogen drei Gruben nach Saarbrücken. Der "Marsch auf Saarbrücken" gehört zu den traditionellen Kampfformen Saarländischer Arbeiter. Allerdings ist nicht genau auszumachen, ob diese Kampfform als bewußte Demonstration der eigenen Stärke und als massives Unterdrucksetzen der Saarbrücker Direktion verstanden wurde oder eher verdinglicht als bloße Tradition. Für die letzte Annahme spricht, daß die Märsche teilweise auf dem Bürgersteig stattfanden und unter Leistungsgesichtspunkten gewertet wurden ("Viermal sind wir auf Saarbrücken marschiert, und alle sind mitgekommen, auch die Kriegsversehrten"; Empörung über Vorschläge, mit dem Auto zu fahren). Auch verhielten sich die Arbeiter vor der Bergwerksdirektion ruhig, es gab keine bewußte Sperrung des Straßenverkehrs (während z.B. die Belegschaft des Neunkircher Eisenwerks ohne festes Ziel durch die Stadt zog und öfters Vorschläge gemacht wurden, den Verkehr demonstrativ lahmzulegen). Für die erste Annahme spricht, daß sich bei dem Marsch der Jägersfreuder Parolen wie "Kolshoven"(=Vorstand)"machs Tor auf - wir kommen" und "Wenn dein starker Arm..." als Sprechchöre durchsetzten (für die Heidelberger: die erste Parole nicht bewußt als Nachbildung studentischer Parolen).
Am Dienstag waren weit über 10000 Bergarbeiter in der Stadt. Die Polizei verhielt sich betont zurückhaltend, obwohl der Verkehr teilweise zusammenbrach. Die Demonstration ging zur Staatskanzlei. Ministerpräsident Röder erklärte sich mit den Streikenden solidarisch warnte vor extremen Gruppen, gab sich als guter Landesvater und ging "kumpelhaft" unter die Bergleute, den angebotenen Polizeischutz demonstrativ ablehnend. Die Streikenden fühlten sich von Röder weitgehend "verstanden"; zwar wurde er ausgebuht, als er die Wiederaufnahme der Arbeit verlangte, konnte dann jedoch seine Rolle als unparteiischer Vermittler weiterspielen.
Es gab bei diesen Demonstrationen immer eine Minderheit, die mili-

tanter vorgehen wollte, aber die radikaleren Arbeiter fanden nie eine Möglichkeit, sich als Gruppe zusammenzuschließen. Bei der Mehrheit spielte das Gefühl eine Rolle, anständig demonstrieren zu müssen, um kein schlechtes Bild in der "Öffentlichkeit" abzugeben. Gefördert wurde das durch die ständige Warnung aller Institutionen, sich nicht von radikalen Kräften mißbrauchen zu lassen.

Völlig unge[illegible]bickt brachte ein Genosse am Dienstag in die Menge vor der Bergwerksdirektion ganz offensichtlich von außen eine rote Fahne, die ihm daraufhin entrissen und verbrannt wurde. Eine von Arbeitern mitgebrachte rote Fahne wäre wahrscheinlich akzeptiert worden.
Am Mittwoch wieder Demonstration zur Bergwerksdirektion. Der Vorstand machte jetzt folgendes Angebot:
1. Einmalige Zahlung von 310.-DM bei der nächsten Lohnzahlung
2. "Die Tarifparteien werden sich darüber verständigen, die Löhne der Arbeiter des Saarbergbaus ab 1.9.69 an die vergleichbaren Löhne der Arbeiter im Ruhrbergbau anzugleichen.
3. Die zwischen dem Gesamtverband des Deutschen Steinkohlenbergbaus und der IGBE für die Entlohnung der deutschen Bergarbeiter und Angestellten vereinbarte Neuregelung findet auch auf den Saarbergbau Anwendung."
Dieses Verhandlungsergebnis, unterschrieben vom Unternehmensverband Saarbergbau und von der IGBE - also unter Nichtbeachtung der von den Bergleuten gebildeten Delegation - bedeutet konkret neben den 310.-DM nur die Anhebung des Schichtlohns um 3,04 DM (geringer als im Ruhrbergbau, weil im Saarbergbau 6-Tage-Woche).
Der Sprecher der Bergarbeiter, Mayfarth, dem und nur dem die Polizei ihren Lautsprecherwagen zur Verfügung stellte, kommentierte dieses Ergebnis immer wieder mit der Feststellung "Mehr war nicht drin". Das Ergebnis stieß auf fast einhellige Ablehnung, die sich jedoch nur in Diskussionen in kleinen Gruppen äußerte. Das Fehlen eines genau umrissenen Kampfzieles war wahrscheinlich ein wichtiger Grund für das Zusammenbrechen des Streiks. Das Verhandlungsergebnis konnte an keiner Ausgangsforderung gemessen werden. Gerade das Bewußtsein "Wir streiken aus vielen Gründen, und warten ab, was sich herausholen läßt", das anfangs eine leichte Kanalisierung des Streiks unwahrscheinlich erscheinen ließ, führte jetzt zum Zusammenbrechen des Streiks. Die Bergleute hatten das Gefühl, unter Mithilfe ihres eigenen Sprechers verschaukelt worden zu sein, sahen jedoch keine Möglichkeit, weitere Forderungen zu stellen. Darum konzentrierte sich jetzt alles lediglich auf die Forderung nach Bezahlung der Streikschichten. Mayfarth sicherte das nach erneuter Rücksprache mit dem Vorstand zu. Daraufhin fuhren die Arbeiter mit Bussen, die von den SBW bereitgehalten worden waren, an die Gruben, um die Arbeit wieder aufzunehmen. Als sie dort erfuhren, daß die Streikschichten nur als Bergmannsruhetage angerechnet werden sollten (d.h. in etwa vom bezahlten Urlaub abgezogen werden sollten), legten sie die Arbeit wieder nieder.
Am Donnerstag erneute Demonstration zur Saarbrücker Bergwerksdirektion: Gefordert wurde vor allem die Bezahlung der Streikschichten, vereinzelt jedoch auch wieder weitergehende Forderungen (1000.-DM netto). Den Hinauswurf der neugebildeten Delegation (s.o.) ließen sich die Arbeiter gefallen. Verhandlungsergebnis: Wer sofort die Arbeit wieder aufnimmt, bekommt den letzten Streiktag voll bezahlt und außerdem die 310.-DM sofort in bar. Das Ergebnis wurde mit Empörung aufgenommen, die brach jedoch kurze Zeit später zusammen. Nur ein Teil der Belegschaft der Grube Jägersfreude versuchte, die Bergwerksdirektion zu besetzen, verließ das Gebäude auf die Aufforderung der Polizei hin wieder ("Wir sind doch bisher so gut miteinander ausgekommen. Hausfriedensbruch"). Damit war der Streik

endgültig vorbei.
Mehrere Bedingungen hatten dazu beigetragen:
- Die Gewerkschaft hat Flugblätter an Bergarbeiterhaushalte verteilt, in denen unter Angabe der Kosten mitgeteilt wurde, daß der Versicherungsschutz nach dem 3. Streiktag aufhört und mm private Weiterversicherung notwendig sei;
- Drohungen der Betriebsleitung mit Verlust des Arbeitsplatzes: Die Kunden würden auf andere Energiequellen umsteigen und die Strebe teilweise einfallen;
- Hetze von Presse und Rundfunk gegen die nach dem Mittwoch noch weiter Streikenden; außerdem gezielte Falschmeldungen über die Zahl der schon wieder Arbeitenden.
Daß die Bergarbeiter nicht aus Zufriedenheit mit dem Ergebnis ihren Streik abbrachen, beweist die Tatsache, daß sie sich anschlie send gegenseitig Vorwürfe machten ("Du bist zuerst wieder eingefahren").

Haltung zu uns: Die Haltung "Unser Streik ist nicht politisch" überwog bei weitem. Darunter wurde jedoch meist nur verstanden "Wir stehen nicht unter dem Einfluß einer politischen Partei". Studenten wurden fast überall ohne Aggressionen akzeptiert, bisweilen mit dem Kommenatr: "Ihr seid doch nicht politisch, ihr steht ja auf unserer Seite". Wenn wir auf Aggressionen stießen, dann meist mit der Begründung "Später seid ihr unsere Bosse".

DKP: Die DKP-Mitglieder hatten, soweit wir sehen können, keine organisierende Funktion. Sie produzierten unverbindliche, abwiegelnde und gewerkschaftsschützende Flugblätter: "Das sind beachtliche Ergebnisse, die durch Kampf und in langwierigen Verhandlungen erzielt wurden."

Jägersfreude: Weil wir hier schon längere Zeit Flugblätter verteilt hatten, wäre es wichtig zu bestimmen, wie weit unsere Agitation Auswirkungen hatte. Aber auch hier sind Verallgemeinerungen schwer möglich. Die Belegschaft der Grube Jägersfreude hat am längsten gestreikt, von ihr ging auch die versuchte Besetzung der Bergwerksdirektion aus. Diese Grube war ohne Zweifel die weitaus studentenfreundlichste.
Am ersten Tag versuchte hier der Betriebsrat, die Demonstration nach Saarbrücken dadurch zu verhindern, daß er die Bedingung stellte, daß keine Studenten mitmarschieren dürften. Ein kleinerer Teil der Bergleute machte dennoch den Versuch, einfach loszuziehen; dieser Teil betonte ausdrücklich, daß er lieber auf den Betriebsrat als auf die Studenten verzichte. Der andere Teil der Belegschaft war noch einmal in zwei Hälften gespalten. Die eine Gruppe wollte auf keinen Fall ohne Betriebsrat marschieren, die andere Gruppe handelte dann schließlich den Kompromiß aus: Studenten dürfen mit, lassen aber die mitgebrachten Transparente eingerollt (später wurden sie dann doch entfaltet). Erst daraufhin setzte sich der Zug in Bewegung.

V. Folgerungen aus dem Streik für unsere Politik

Unsere Konsequenzen aus dem Streik für unsere weitere Politik - besonders gegenüber den Gewerkschaften - sind noch nicht richtig ausgegoren; darum nur folgendes:
Allein die bloße Anwesenheit von uns erfüllte zumindest in Jägersfreude eine gewisse Katalysatorfunktion. Unsere Aufgabe wäre es gewesen, weitere Politisierungsfunktionen zu übernehmen. Das hätte etwa erreicht werden können durch:
- Herstellung eines Diskussionszusammenhangs durch Breitstellung

von Wandzeitungen und Megafonen, öffentliche Bemalung von Transparenten (gerade darüber hätte eine Megafon-Diskussion in gang kommen können)
- Herausstellung bestimmter Forderungen (gleicher Lohn, Abschaffung des Gedinges usw.)
- Analyse der ökonomischen Situation der SBW
- eine Gewerkschaftskritik, die gleichzeitig Prinzipien für die Organisation des Treiks hätte herausstellen können.

Neben individuellen Diskussionen haben wir jedoch nur Flugblätter verteilt, die zwar zusammen mit Arbeitern verfaßt wurden, im wesentlichen jedoch höchstens das Bewußtsein der Bergleute reproduzierten. Unsere Zielvorstellungen liefen hauptsächlich auf eine Verlangerung des Streiks und militantere Aktionsformen hinaus, da nur vage Vorstellungen über eine mögliche Politisierung entwickelt wurden.
Diese Fehler waren mit dadurch bedingt, daß die Betriebsgruppe desorganisiert war (die meisten Mitglieder konnten nicht in Saarbrücken sein), so daß die AStA-Fraktion die Hauptarbeit übernehmen mußte.und mit ihrem etwas naiven Aktionismus die übrigen Mitglieder der Betriebsgruppe überrollte.

Verlag Neue Kritik

Verlag Neue Kritik KG
6000 Frankfurt am Main 1
Wilhelm-Hauff-Strasse 5
Telefon (0611) 77 86 70

Verlag Neue Kritik

Postscheckkonto
Frankfurt am Main 1507 74
Dresdner Bank
Frankfurt am Main 282 680

Soeben erschienen

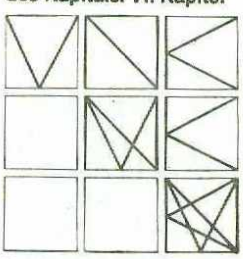
Nicht in der Marx-Engels-Ausgabe

Nicht in der MEGA

Leider doch nicht von Krahl eingeleitet

Aus dem Nachlass von Marx' Vorarbeiten zum „Kapital" sind bisher nur wenige Teile, im wesentlichen die in der Zeit 1861–63 entstandenen „Theorien über den Mehrwert" bekanntgeworden. Über die späteren, bis zur Veröffentlichung des ersten Bandes des „Kapital" 1867 und bis zu seinem Tode entstandenen, umfangreichen Vorarbeiten gibt zwar Engels in seiner Ausgabe des zweiten Bandes des „Kapital" detaillierte Hinweise, der allergrösste Teil dieses Komplexes liegt jedoch bis heute unzugänglich im Moskauer Marx-Engels-Institut.
Der vorliegende Text gehört zu diesem Komplex. Der Band erschien 1933 im „Marx-Engels-Archiv" in Moskau in einer synchronen deutsch-russischen Ausgabe, die praktisch keine Verbreitung fand. Bisher unbestritten geblieben ist die Annahme von A. Leontjev, des seinerzeit vom Marx-Engels-Institut beauftragten Herausgebers, „dass das Manuskript nichts anderes ist, als der erhalten gebliebene Teil des ursprünglichen Konzeptes zum ersten Band des „Kapital", das von Marx zwischen 1863 und 1865 geschrieben worden war".
Der Band enthält eine Zusammenfassung der Theorien über den Mehrwert, eine Charakterisierung der Produktion und Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und Marxens letzte Untersuchungen über das Problem der produktiven und unproduktiven Arbeit.

Karl Marx
Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses
Das Kapital. I. Buch.
Der Produktionsprozess des Kapitals. VI. Kapitel



Archiv sozialistischer Literatur 17
144 Seiten, DM 8,00
Oktober

Dieses und auch unsere anderen Bücher sind zum Genossenpreis in folgenden Buchhandlungen zu haben:

Berlin:Das politische Buch,Lietzenburger Str.99
Hamburg:Spartakus,Schlüterstr.86
Frankfurt:Lbresso am Opernplatz 10
Erlangen:Politladen,Hindenburgstr.17
Heidelberg:Politische Buchhandlung,Schiffgasse 3
Freiburg:Libro libre,Herrenstr.53
Hannover:Buchhandlung Ingeborg Becker,Alte Celler Heerstr.32
Kiel:Bücherbörse,Bergstr.11 - 13

VERTEILT AM 8.8.1969 : VOR DEM STREIK

KUMPELS ! 31

Die Bosse werden immer frecher ! verteilt am 8.8.69 (vor dem Streik)

Anfang Juni erhielten 12 Mann von Abt. 11 folgendes Schreiben:

"Sie werden gebeten, am 2. Juni 69 um 15.oo Uhr auf dem Büro des H. Grubenbetriebsführers bergm. Betriebe 3 vorzusprechen. Rücksprach wegen Krankenschein und Schonarbeiten. Am 2. Juni fahren Sie auf Frühschicht in Abt. 11. Nach der Rücksprache steht ein Bus zum Heimtransport zur Verfügung. gez. Abt. Steiger Backes"

Daneben mit Handschrift: "Erscheinen ist Pflicht."

15.oo Uhr - das hieß außerhalb der Arbeitszeit; die Kumpels mußten bis 15.2o Uhr warten, dann ließ sich Reinshagen erst blicken. In Anwesenheit von Unfallingenieur & Co traktierte er die Kumpels im Alleingang bis 17.oo Uhr. Die letzten kamen erst um 18.oo Uhr nach Hause. Zur Frage nach der Bezahlung dieser 4 "Über"-stunden schweigt alles - auch der Betriebsrat.

Warum gerade diese 12 Kumpels ?

Alle 12 arbeiteten in der Abteilung, in der die meisten Unfälle vorkommen. Die Gründe dafür:

Der Stoß wird im Bruchversatz abgebaut und das Hangende im Stoß ist sehr schlecht; dazu kommen die unerträglichen, fast tropischen Wetterverhältnisse.

Trotzdem ist nicht klar, warum gerade diese 12 zum Verhör geladen wurden. Allerdings wurde auf dieser Disziplinarversammlung am 2. Juni bekannt, daß über jeden der Kumpels eine Personalakte existiert, anders gesagt: eine schwarze Liste.

Während also die Saarberg-Bosse ständig über mangelnde Rentabilität klagen, scheuen sie keine Kosten für die Errichtung eines innerbetrieblichen Kontroll- und Spitzelsystems, der "Erhaltung des Arbeitsfriedens" zuliebe...

Trotz des militärischen Tons der "Einladung" ("Erscheinen ist Pflicht" weigerten sich drei Kumpels, außerhalb der Arbeitszeit zu erscheinen. Warum nur drei ???

Die übrigen neun hatten jedenfalls nichts zu lachen. Dir. Reinshagen war in Hochform; sein Referat über Arbeitsmoral überzeugte nicht zuletzt wegen der Lautstärke, in der es vorgetragen wurde. Er erinnerte die Kumpels an ihre Pflichten als "Sozialpartner". Er müsse sich von ihnen"trennen", wenn sich die Arbeitsmoral nicht bessere, brüllte er.

Eine große Zahl von Bergleuten bekommt seit einigen Wochen Post von "ihrer" Firma:

"Betrifft: Verwarnung

Sie haben während der letzten ...(Zahl) Monate an ...(Zahl) Tagen wegen Krankheit nicht gearbeitet. Wir bitten, Ihren Gesundheitszustand so zu verbessern, daß Sie den betrieblichen Anforderungen gerecht werden. Wir weisen besonders eindringlich darauf hin, daß Sie mit Ihrer Entlassung zu rechnen haben, falls keine Besserung Ihres Verhaltens eintritt.

gez. Betriebsdirektion Camphausen Quinten"

Zu solchen Drohungen von höchster Stelle kommen die ständigen Einschüchterungsversuche am Arbeitsplatz. Selbst kleine Vorgesetzte, nutzen die beschissene Lage des Kumpels dazu aus, jene Aggressionen an ihm auszulassen, die sich anstauen, wenn es zuhause mit der Frau nicht klappt.

b.w.

Wehrt Euch, Kumpels !

Solche Unterdrückungsmethoden entspringen nicht allein aus der Boshaftigkeit einzelner "führender Persönlichkeiten"; sie sind Bestandteil einer gezielten Betriebspolitik der Saarberg-Bosse. Der 2. Generalplan spricht eine deutliche Sprache: die Kapitalisten haben am Bergbau kein Interesse mehr, weil sie in anderen Branchen besser ausbeuten können. Den Schaden haben die Arbeiter, die auf die Straße fliegen. Es hilft nichts, wenn sich jeder vormacht, er wird schon nicht zu denen gehören, die entlassen werden, wenn er sich alles gefallen läßt.

Wer hilft den Bergleuten aus der Misere ?

In einigen Wochen ist Bundestagswahl, der Wahlkampf ist in vollen Gange. Vertreter aller Parteien kommen in die Betriebe, Leute, die man 4 Jahre nicht gesehen hat, und versuchen den Arbeitern weis zu machen, ihre Partei habe das Rezept gefunden. Sie versprechen den Arbeitern all es mögliche: mehr Geld, mehr Freizeit, mehr Bildung, mehr Mitbestimmung usw usw. In Wirklichkeit haben sie nur ein Interesse: sie wollen Stimmen und wissen, wie wichtig die der Arbeiter sind. Die meisten Kumpels stehen diesem faulen Zauber mißtrauisch gegenüber.

Der Parlamentarismus, die bürgerliche Demokratie, baut auf dem Repräsentationssystem, d.h. die Entscheidungen werden nicht von den Betroffenen selbst getroffen, sondern von ihren "gewählten Vertretern"; die aber sind nicht ihren Wählern verantwortlich, sondern nur ihrem Gewissen (laut Grundgesetz) ; mit diesem sogenannten Gewissen läßt sich aber schlecht diskutieren.

Die Fahrpreisdemonstrationen in Saarbrücken und Völklingen haben bewiesen, daß die Unzufriedenheit der Abhängigen nur dann gehört wird, wenn die Masse der Abhängigen selbst in Bewegung kommt. Nur durch offenen Widerstand können die Herren dazu gezwungen werden, bei ihren Entscheidungen die Interessen der Betroffenen zu berücksichtigen. Eine Handvoll unkontrollierbarer "Vertreter" wird von den Herrschenden in Staat und Wirtschaft leicht bestochen: durch Geld, Zuteilung eigener Machtbefugnisse und Statussymbole. Die Selbsttätigkeit der Massen aber lehrt die Bosse das Fürchten!

Darum gibt es zum Bundestagswahl-Krampf nur eine Alternative:
Die Organisation langfristigen Widerstands in den Betrieben, Schulen und Universitäten,

Mehr dazu in den nächsten Flugblättern.

Sozialistischer Deutscher Studentenbund

Zur Information über die Saarbrücker Fahrpreisdemonstrationen verkaufen wir am Montag mittag unsere Dokumentation zum Arbeiter-Sonderpreis.

VERTEILT AM 9.9.69: IM STREIK

KUMPELS !

Alle 6 Zechen der Saarberg werden bestreikt. Gestern mittag marschierte die Früh- Mittagschicht der Grube Jägersfreude nach Saarbrücken, unterstützt von Kumpels aus Ensdorf und Camphausen. Sie machten dem Vorstand durch ihre Anwesenheit klar, daß die Zeiten vorbei sind, wo die Herren mit der Gewerkschaftsfunktionären im stillen Kämmerlein faule Kompro - misse aushandeln konnten.
Die Frühschicht der Grube Jägersfreude hat als erste folgende Forderungen erhoben:

1. Gleicher Lohn wie im Ruhrbergbau
2. Bergleute wieder an die Spitze der Lohnskala
3. Stundenlohn statt Gedinge
4. 5- Tage-Woche wie an der Ruhr
5. Kindergeld wie für die Angestellten im öffentlichen Dienst
6. Urlaubsgeld in Höhe des Monatslohns
7. Treue-und Alterszulage
8. Vorschuß von DM 250 abbauen durch einmalige Zulage
9. Hitzegeld ab 26 Grad.
10. Entschädigung für Deputatkohle in voller Höhe auszahlen
11. Zulage für Spezialisten
12. Einheitlicher Tarifvertrag für alle Bergleute in der BRD

Diese Forderungen wurden von der Mittagsschicht unterstützt.

Ein Beispiel, auf wen die Kumpels sich nicht verlassen können, wenn die Forderungen durchgesetzt werden sollen:

Betriebsratsvorsitzende wie der Schneider Max(Camphausen). So nebenbei ist er Beigeordneter der Stadt Sulzbach, Aufsichtsratsmitglied der Saarberg und Landtagsmitglied (CDU).Unsere Fragen an Schneider: Wann war er zum letztenmal am Arbeitsplatz? Warum ist er seit einem oder zwei Tagen auf einmal so rührend besorgt um die Kumpels, die er "vertritt"? Sein Märchen von der Sozialpartnerschaft ist endgültig geplatzt, wenn die Kumpels feststellen, daß sie seit 10 Jahren dieselben Zahlen auf ihren Lohnzetteln haben, und das bei Kaufkraftschwund - und bei der Umsatz- und Profitexplosion der Saarberg.

Ein Beispiel, auf wen die Kumpels sich verlassen können:

In Neunkirchen verhandelten die Gewerkschaftsfunktionäre hinter den Rücken der Belegschaft und handelten 8% Lohnerhöhung, d.h. im Schnitt 30 Pf. aus. Die Metallarbeiter aber hielten ihre anfängliche Forderung von 50 Pf. aufrecht und streikten weiter. Daraufhin mußten die Gewerkschaftsfunktionäre erneut verhandeln. Die Forderung von 50 Pf. wurde erfüllt.

KUMPELS !

Zeigt, daß Ihr nicht vereinzelt auf Euren 6 Zechen bloß darauf wartet, bis Euer Streik Erfolg bringt.
Eine Tarifbewegung ist die Sache einer gemeinsamen Aktion aller Bergarbeiter!
Zeigt Eure Entschlossenheit, indem Ihr Eure Forderungen in Saarbrücken den gesetzlichen Verhandlungspartnern selbst vortragt.

Macht die Leute in Saarbrücken, die in Aufsichtsräten und Regierung die Wirtschaftspolitik des Saarlandes bestimmen (und das hieß für sie bisher immer : die Profite der Kapitalisten und die Ausbeutung der Arbeiter bestimmen) auf Eure Forderungen nachdrücklich aufmerksam !!!

Paul Herrig
Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Saarberg von 1957- 59

Christoph Klein
Vizepräsident der Studentenschaft der Universität

NACH DEM STREIK : 24.9.1969

DER KAMPF GEHT WEITER !

34

Kumpels, der Erfolg des Streiks war gering: Die magere Lohnerhöhung wird durch die schon lang geplanten Preissteigerungen nach der Wahl sofort wieder aufgefressen. Gegenüber anderen Forderungen wie Abschaffung des Gedinges, 5-Tage-Woche usw. hat es überhaupt keine Zugeständnisse gegeben. Und das, obwohl alle Kumpels fast vier Tage streikten, kein Blatt vor den Mund nahmen und alle ohne Ausnahme viermal auf Saarbrücken marschiert sind. An der mangelnden Kampfbereitschaft hat es bestimmt nicht gelegen !

Es hat jetzt keinen Sinn, daß jeder dem anderen die Schuld an dem Mißerfolg gibt. Es kommt darauf an, aus den Fehlern, die insgesamt während dieses Streiks gemacht worden sind, für den weiteren Kampf zu lernen.

RÖDER FÜR DIE BERGLEUTE ???

Der Ministerpräsident Röder hat im Streik eine Doppelrolle gespielt - und zunächst war auch nur EINS seiner Gesichter zu sehen. Vor der Staatskanzlei hat er sich alle Mühe gegeben, als der gütige Landesvater zu erscheinen, der nichts anderes im Sinn hat, als für seine Lieblingskinder, die Bergleute, ein schönes Leben zu sichern. Für dieses Ziel schwitzt er jeden Tag bis zum Umfallen bei seinen Festessen und Mauscheleien mit Industriebossen und Parteigenossen in seiner Staatskanzlei mit Klimaanlage!!

Dabei hat er gebibbert vor Angst, die Kumpels könnten sich noch an die Versprechungen, die er vor 5, 1o oder 15 Jahren gemacht hat erinnern und die mal vergleichen mit den schönen Versprechungen, die er nun machte, während sich die Arbeitsbedingungen immer mehr verschlechtert haben. Oder wie will Röder erklären, warum so viele Kumpels in den letzten Jahren "freiwillig" die Saarberg verlassen haben, weil sie die Antreiberei satt hatten? Warum werden die Arbeitsbedingungen denn immer mörderischer? Diese Woche gab es erst den neunten tödlichen Unfall auf Camphausen !

Bei den Verhandlungen haben die Saarbrücker Zeitung (die der Regierung gehört) und der Saarländische Rundfunk (der auch von der Regierung gelenkt wird) den Ministerpräsidenten immer wieder als den Mann hingestellt, der versucht, das Letzte für die Bergleute herauszuholen.

Aber gegen wen ging denn der Streik ? Gegen die Leute, die aus den Saarberg auf Kosten der Bergleute die dicksten Profite herauswirtschaften. Und wer bekommt die Profite? Zu einem großen Teil die Landesregierung unter Röder; denn die Saarberg gehören bekanntlich Land und Bund. Und wenn es um den Anteil des Bundes geht, dann vertritt Röder (CDU) die Interessen der Bonner Regierung bestimmt nicht schlecht. Wer zieht dann hier an der Saar die ganze Show mit dem Saar-Pfalz-Kanal schon seit Jahren ab? Den Saarländern etwas versprechen, woran weder in Bonn noch in der Saarbrücker Staatskanzlei noch jemand glaubt, weil das Ding niemand bezahlt und weil es total unrentabel ist? Wer? Dr. Röder, der gütige Vater der Saarländer und ganz besonders der Bergleute. Welche Rolle Röder gespielt hat, wurde erst richtig klar, als die Kumpels erfuhren, daß IHM das hervorragende Ergebnis der Verhandlungen zu "verdanken" war !!!

Auf Röder wird niemand mehr reinfallen. Wenn die Parole richtig ist "Wir Bergleute machen unsere Sache selbst" - dann darf man sich nicht wundern, wenn man beschissen wird, wenn man doch wieder auf andere baut!

Wenn man richtig erkannt hat, daß man selber seine Interessen vertreten muß, daß die politischen Parteien nur zum Schein Volksinteressen vertreten, in Wirklichkeit bloß ihr eigenes Süppchen kochen wollen, dann darf man nicht plötzlich auf einen CDU-Mann wie Röder bauen. Die erste Konsequenz daraus kann man schon am Wahlsonntag ziehen: den Parteien, die sich wechselseitig in der Lüge überbieten, unsere Interessen zu vertreten, das Maul mit leeren Wahlzetteln stopfen. Boykottiert die Wahl!

DIE GEWERKSCHAFTEN FÜR DIE BERGLEUTE ???

Über die Gewerkschaftsbosse waren die Bergleute viel wütender als über den Vorstand. Zu Recht: vom Vorstand haben sie nie etwas anderes als möglichst große Ausbeutung erwartet, aber von de Gewerkschaft? In der sie selbst Mitglieder sind, von ihrer eigenen Organisation? Daß die Gewerkschaften nichts mehr unternehmen, um die Lage ihrer Mitglieder wirklich zu ändern, ist seit Jahren klar. Weil sie sich jetzt gegen den Streikwillen der Bergleute gestellt hat, den Streik nicht legalisiert hat und die Bergleute bei den Märschen nach Saarbrücken nicht das kleinste bißchen unterstützt hat, ist es klar geworden, daß die Gewerkschaftsbürokratie nur noch ihre eigene Stellung irgendwo zwischen Arbeitern und Kapital verteidigen will. Weil das Recht aber ganz auf der Seite der Arbeiter ist, kann man sich nur ganz auf die Seite der Arbeiter stellen- oder man wird zum Gehilfen des Unrechts. So haben auch die Gewerkschaftsbosse gehandelt: Arbeitsdirektor Lambrecht z.B. als er die 10 000 Bergleute nach Hause schickte von der Direktionstreppe aus, wo die Bergleute das einzig Richtige hätten tun können, wenn sie dageblieben wären und der Verhandlungsrunde drinnen Dampf gemacht hätten. Oder der oberste IGBE Chef Arendt, als er den Leuten, die nach den mageren Ergebnissen vom Mittwoch 10.9. weiterstreiken wollten, wüst gedroht und sie als gewissenlose Elemente beschimpft hat.

Wie sich die Arbeiter so organisieren können, daß so etwas nicht mehr möglich ist; wie sie es vermeiden können, daß sie in die gewerkschaftlichen Kampf auf Möchte-Gern-Arbeiterführer wie Mayfarth hereinfallen, ohne sie nicht kontrollieren konnten - darüber muß die Diskussion jetzt in Gang kommen.

Wir stellen Euch dafür solidarisch unsere Mittel zur Verfügung, die z. B. für Flugblätter gebraucht werden. Kontaktadressen über: Studentenschaft der Universität des Saarlandes, Tel. 25998 oder 21351 App. 588 (Vorsicht! der Verfassungsschutz hört besonders gern diese Apparate ab!).

WEM NÜTZT "ANSTÄNDIG" DEMONSTRIEREN ?

Die Bergleute sind nicht verstreut unter Ausschluß der Öffentlichkeit auf ihren Grubengeländen hocken geblieben. Sie sind viermal auf Saarbrücken marschiert. Und wieviel Schiß die Herren davor hatten, das beweist die Tatsache, daß zu Anfang niemand wagte, offen gegen die Bergleute Stellung zu nehmen.

Aber: Auf stärkere Druckmittel als Märsche auf Saarbrücken haben die Bergleute verzichtet. Zum Beispiel verschwanden die Kumpels, die die Bergwerksdirektion zu besetzen versuchten, als die Polizei sie darum bat. Sie zogen nicht aus Angst ab. Sie zogen ab, weil "anständig" demonstriert werden sollte. Dieses Wohlverhalten wurde dann von genau den Leuten gelobt, die den Kumpel ständig betrügen und die Arbeitsbedingungen ständig erschweren, um die Profite zu steigern.

Dieses Wohlverhalten hat sich also nicht ausbezahlt. Mehr noch: Röder & Konsorten konnten sogar noch den Eindruck erwecken, als seien die Bergleute auf das Lob der Herren angewiesen, wo doch in Wirklichkeit jeder darauf pfeift!

Eine wichtige Rolle hat dabei auch die sogenannte "öffentliche" Meinung gespielt - eine Meinung, die von ganz wenigen Massenmedien (Fernsehen, Funk und Saarbrücker Zeitung) gemacht wird.

Die Saarbrücker Zeitung (SZ) z.B., das Sprachrohr der Regierung, hat eine geschickte Taktik eingeschlagen: Zuerst heuchelte sie Verständnis für die Lage der Bergleute. Die Federn trieften vor Mitleid. So konnte die SZ den Eindruck erwecken, als stehe sie über der ganzen Auseinandersetzung, völlig unparteiisch, ja eigentlich sogar eher auf Seiten der Kumpels. Um so glaubwürdiger wirkte sie dann hinterher, als sie das magere Verhandlungsergebnis zum großartigen Erfolg hochjubelte und frech behauptete, alle Bergleute seien damit einverstanden. Die jetzt noch streiken, hieß es, sind Heißsporne und kommunistische Drahtzieher, die etwas ganz anderes wollen, als für ihre eigenen Interessen kämpfen. Genauso hat die SZ vor 4 Monaten schon einmal taktiert - bei den Fahrpreisdemonstrationen: Zuerst Verständnisbereitschaft, um dann, nachdem Teilzugeständnisse erreicht waren (keine Erhöhung, aber auch keine Senkung der Preise), die brutalen Polizeieinsätze der Landesregierung mit Hetztiraden zu begleiten. Die Antwort der Demonstranten damals: ein Versuch, die Auslieferung der SZ zu verhindern und "SZ - ins Klosett".

In Italien sind vor kurzem streikende Arbeiter zum Rundfunk gezogen, um eine objektive Berichterstattung zu erzwingen. Das wäre auch hier nötig. Oder was gibt es sonst für Mittel, wenn der Saarländische Rundfunk gezielt falsch meldet, fast alle arbeiteten schon wieder, während in Wirklichkeit der größere Teil noch streikte ???

Sozialistischer Deutscher Studentenbund Saarbrücken

STREIKAGITATION BEI DEN MÜLLARBEITERN IN MÜNCHEN

Im Juli hatten die Münchener Arbeiter-Basis-Gruppen durch ein Eingreifen in die Tarif"auseinandersetzungen" der IG Metall mit der Kampagne "Klassenkampf gegen Wahlkampf" begonnen (siehe nk 54 und Dokumentation "Klassenkampf gegen Wahlkampf"). Die dadurch in der Arbeiterschaft geschaffene Basis führte dazu, daß sich auf das Flugblatt Nr.5 ("Der Streik rollt") Arbeiter aus verschiedenen Betrieben meldeten; einige von ihnen fragten direkt "Wir wollen streiken, wie machen wir das?". Die Zusammenarbeit mit diesen Arbeitern führte zum Warnstreik bei Zündapp (siehe Dokumentation). Offensichtlich muß dies Flugblatt Nr.5 auch in die Hände einiger Arbeiter bei der Müllabfuhr gekommen sein, denn sie riefen an und beriefen sich dabei auf dies Flugblatt. Aus dem Kontakt mit diesen Arbeitern entwickelte sich dann unsere Streikagitation bei den Müllarbeitern, die im folgenden durch die Protokolle der agitierenden Genossen dargestellt ist.
Der zeitliche Ablauf der Streikagitation:

Montag, den 22.9.: Agitation in der Mittagszeit bei den Abladestellen für die Müllabfuhrwagen und den Depots. Fast nur die Fahrer kommen mit zu den Abladestellen und in die Depots, deswegen wurden ihnen die Flugblätter zur Weitergabe an ihre Kollegen mitgegeben; ebenso wie an den folgenden Tagen konnte mit den Fahrern zum Teil recht ausführlich diskutiert werden. Fast alle waren grundsätzlich für Streik, glaubten jedoch nicht recht daran, daß er zustande kommt. Während die Arbeiter meinten, daß man streiken solle, wenn bei den Verhndlungen am Mittwoch nichts herauskommen sollte, agitierten wir kdahingehend, daß es besser ist, während der Verhandlungen zu streiken - siehe Argumentation auf dem 2. Flugblatt.

Dienstag: Agitation bei Arbeitsbeginn in den Betriebsbahnhöfen Sachsenstr. und Neußer Straße.

Mittwoch:(Tag, an dem die ÖTV und die Vertreter der Gemeinden in Stuttgart verhanddlten): in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch hatten wir auf den Wagen in den Betriebsbahnhöfen Aufkleber angebracht, auf denen für Mittwoch zum Streik aufgerufen wurde; Agitation vor Arbeitsbeginn in den beiden Betriebsbahnhöfen; die Arbeiter lassen sich weitere Aufkleber geben und kleben sie an die Wagen; 2. Flugblatt; Streik.

Freitag: 3. Flugblatt, Agitation in den Betriebsbahnhöfen

Donnerstag, 2.1o.: 4. Flugblatt und Diskussionen in den Betriebsbahnhöfen.

Bericht über den Warnstreik bei Zündapp und Einschätzung der Streiks in München in der

DOKUMENTATION DER KAMPAGNE "KLASSENKAMPF GEGEN WAHLKAMPF"

Inhalt: 1. Theoretische Konzeption der Kampagne "Klassenkampf gegen Wahlkampf"
2. Zentrale Flugblätter und betriebsspezifische Flugblätter, die im Verlauf der Kampagne verteilt wurden
3. Berichte über die Resonanz der Kampagne in einzelnen Betrieben und Streikberichte
4. Einschätzung der Kampagne und Aufgaben unserer Bewegung

Die Dokumentation kostet DM 2.-; Bestellungen (möglichst Sammelbestellungen) an Arbeiter-Basis-Gruppen c/o Helge Sommerrock, Thomas Schmitz-Bender, 8 Mü 23, Clemensstr. 26, Tel. o811-34 21 71. Gleich bei Bestellung bezahlen (Dresdner Bank, Fil. Prinzregentenplatz, Konto Nr. 1o 85 36).

Von der Hoesch-Westfalenhütte in Dortmund zu den Hoeschwerken Union und Phönix und zu den Rheinstahl-Hüttenwerken in Mühlheim und zu Mannesmann in Huckingen und zu Klöckner in Bremen und in Osnabrück und zu den Eisenwerken Neunkirchen im Saarland und zur Saarwerke AG und zur Maschinenfabrik Geislingen und zu Röchling und zur Krupp-Maschinenfabrik und zu Krupp-Widia in Essen und zur AEG in Mühlheim und zu den Edelstahlwerken in Witten und zum gesamten Bergbau im Saarland und zur Max-Hütte in Sulzbach und zu Klöckner in Düsseldorf und zur Max-Hütte in Haidhof und zu Thyssen in Hamm und Düsseldorf und zum Gußstahlwerk und "Schalker Verein" in Gelsenkirchen und zum Klöckner-Thomaswerk in Hagen und zu Pfaff in Karlsruhe und zu den Zechen "Minister Stein","Fürst Hardenberg","Germania" und "Hansa" in Dortmund und zur Howaldt-Werft in Kiel .....

DER STREIK ROLLT

Aber viele von uns zucken mit den Achseln und sagen :

"Vier Wochen früher und wir hätten natürlich mitgestreikt. Aber wir haben uns mit 8 % abspeisen lassen. Was können wir denn jetzt noch tun ? "

Unsere 15 %,die wir damals forderten,werden heute von den streikenden Stahlarbeitern erkämpft :

Die Stahlarbeiter haben jetzt bereits ohne die Gewerkschaft in den einzelnen Betrieben durchschnittlich sieben Prozent erzwungen. Auch wenn es die IG-Metall in der eisen- und stahlerzeugenden Industrie wieder nur zu 8 % bringt, haben die Arbeiter 15 % !

Die "Frankfurter Rundschau" hat recht, wenn sie schreibt :

" An diesem Erfolg sehen dann die vier Millionen Arbeiter der Metallindustrie,was Eigeninitiative der Basis bringt. Ins schwäbische Geislingen schwappte bereits die Streikwelle - zu Metallarbeitern, die seit 1. September die von Brenner als Kompromiß gefeierten 8 % erhalten. Andere könnten folgen. "

" Andere könnten folgen ..." - Andere sind gefolgt ! :

die Arbeiter in der metallverarbeitenden Industrie im Ruhrgebiet , die Arbeiter in der Nähmaschinen-Fabrik Pfaff in Karlsruhe und die Arbeiter in der Kieler Howaldt-Werft . Sie alle gehören zu den Arbeitern , denen nach dem Willen der IG-Metall-Führung die Hände mit dem 8-%-Ergebnis gebunden sein sollten. Die Gewerkschaftsspitze ist so auf den Unternehmer gekommen , daß sie unsere streikenden Kollegen hysterisch beschimpft. Dr. Thönnessen , "die rechte Hand Otto Brenners" : " Die glauben, sie könnten zweimal kassieren. "

Unsere Kollegen zeigen uns :

Wenn die Gewerkschaft für uns nur halb kassiert, dann müssen wir halt ganze Arbeit leisten !

" Andere könnten folgen ..." - damit sind wir gemeint !

Aber einige von uns fühlen sich immer noch nicht gemeint und sagen: "Die da oben in Geislingen oder in Karlsruhe oder in Kiel haben besondere Gründe, warum sie streiken. "
Haben wir etwa keine "besonderen Gründe" ? Wir zahlen in München die höchsten Mieten im Bundesgebiet . Aber wird das bei den Tarifverträgen entsprechend berücksichtigt ? Nein ! Im Gegenteil : auch die 8 % bekommen wir erst ab 1.Oktober statt ab 1.September.

Wer soll uns denn dabei im Weg stehn, dass wir dem Beispiel der Kollegen in Geislingen folgen und von den einzelnen Unternehmern das erzwingen, was wir haben wollen. 30,50,80 Pfg mehr in der Stunde — an uns liegt es, ob wir sie bekommen!

Was keine Gewerkschaft geschafft hat,das schaffen wir Arbeiter:die Kollegen bei Hoesch und den anderen bestreikten Betrieben erreichten die volle Bezahlung der Streikstunden durch den Unternehmer.

Wir Arbeiter aus den Basisgruppen können nicht anstelle von Euch streiken. Streiken können wir Arbeiter nur gemeinsam. Aber wie erreichen wir die nötige Gemeinsamkeit ? Das haben uns Kollegen von der Hoesch-Westfalenhütte gezeigt: Bei Hoesch gibt es wie in jedem Betrieb Abteilungen,die besonders gut zusammenhalten. Die Kollegen in diesen Abteilungen haben nicht gewartet, bis die anderen etwas tun (denn dann hätte keiner was getan !). Sondern sie haben sich gesagt "einer muß den Anfang machen" und legten die Arbeit nieder. Ihr Streik war das Signal für die anderen.

Es liegt an uns, ob wir weiterhin aus dem Fernseher erfahren , was Streik ist und was mit Streik erreicht werden kann. Am Montagabend sahen wir im Fernsehen das Transparent der streikenden Arbeiter in Saarbrücken, auf das sie geschrieben hatten :

"WIR VERTRETEN UNS SELBST"

Beweisen wir, daß das auch für uns zutrifft !

Wir können nicht anstelle von Euch streiken. Aber wir sind bereit, Euch mit allen Kräften zu unterstützen.Wir sind zu erreichen unter Tel 34 21 71 .

ARBEITER - BASIS - GRUPPEN der Außerparlamentarischen Opposition
Gruppen München-Nord, -Ost, -Süd, -West und Neuhausen / Eigendruck im Selbstverlag, verantwortlich Achim Bergmann, Grillparzerstr. 39

Flugblatt 5

40

1. Flugblatt (Montag, 22.9.)

Kolleginnen und Kollegen, in Kaiserslautern, Offenbach, Wanne-Eickel, In Nürnberg, in Duisburg, in Mühlheim/ Ruhr und in Berlin lassen sich unsere Kollegen nicht mehr länger vertrösten. Sie warten nicht mehr darauf bis die Herren von der ÖTV sich endlich mit den"Herren" Unternehmern auf einen Termin für die längst überfällig gewordenen Tarifverhandlungen geeinigt haben. SIE STREIKEN!

UND WAS IST MIT DEM LOHN IN MÜNCHEN?

Er ist niedriger als in vielen anderen Städten z.B. - Hamburg,Frankfurt und Braunschweig. Nämlich 3,65 im ersten und zweiten Jahr, und nach zehn Jahren Arbeit ganze 45 Pfennig mehr und das seit zwei Jahren. Die nicht sehr grossen Zulagen, die man uns gewährt, fallen in der Altersversorgung, ja sogar bei Urlaub und Krankheit, weg.

Dabei ist München eine der Großstädte mit den höchsten Lebenshaltungskosten. Von den Preiserhöhungen in den letzten zwei Jahren können wir alle ein Lied singen. Von den Semmeln bis zur Miete ist alles teurer geworden. Mehr, und teuere Verpackungen; wir müssen sie doppelt bezahlen. Erstens mit unserer Arbeitskraft (wir müssen sie weg schleppen)und zweitens mit unserem Geldbeutel.

Bei der letzten Grauen Kreis Mieterhöhung wurden natürlich nicht zuletzt die sogenannten Sozialwohnungen der Stadt München und der Gewerkschaft (Neue Heimat) ganz schön teurer.

Die Herren im Rathaus haben sich nicht etwa gefragt, ob wir mit unserem Hungerlohn die Miete überhaupt bezahlen können.

Es wird Zeit daß wir uns selber fragen, ob wir noch mitmachen. Für die schwere Dreckarbeit, die wir täglich machen, kriegen wir sogar noch weniger als unsere Kollegen in anderen Betrieben. Meinen die da oben denn, daß wir billiger leben können? Bestimmt nicht! Aber : Freiwillig werden sie uns nicht mehr zahlen.

Nicht genug damit, daß sie uns mehr als schlecht bezahlen. Dafür dirfen wir auch noch über das festgesetzte Maß hinaus schuften. Ist ein Kollege von der Fuhre krank oder im Urlaub, ist es Glücksache wenn ein Vertreter kommt. Ansonsten müssen wir auch seine Arbeit noch nebenbei machen, und bekommen keinen Pfennig mehr. Früher gabs dafür mehr Geld - heute ist das auch noch abgeschafft.

Fragen wir den Betriebsrat, oder beschweren wir uns bei der Stadt , dann ernten wir mitleidiges Achselzucken und die Zusage, daß alles noch einmal besser würde. Wir wollen aber nicht irgendwann eine Verbesserung, sondern **JETZT.**

wie wichtig wir für diese Gesellschaft sind, hat man in New-York, Paris, Rom am deutlichsten gesehen, als unsere Kollegen dort streikten. Wir haben es in der Hand, ob wir uns weiterhin mit dem wenigen zufriedengeben, oder ob wir die "herren" zwingen, uns mehr zu geben.

Aus Profitgründen werden heute viele Güter des täglichen Bedarfs so herge= stellt, daß sie nach kurzer Zeit schon kaputt sind und neu gekauft werden müssen (z.B. Glühbirnen könnte man - wenn man wollte - heute so herstellen, daß sie nicht nur ein paar Monate sondern Jahre halten). Aber wir, die den verschlissenen Schund abtransportieren müssen, werden am schlechtesten be= zahlt.

Wir fordern eine sofortige erhebliche Lohnerhöhung, Fortbezahlung aller Zulagen im Urlaub, im Krankheitsfall und bei der Altersversorgung - rückwirkend für das Jahr 1969. Diese Erhöhung darf nicht auf die tarif= liche Lohnerhöhung angerechnet werden, denn sie ist notwendig zur De = ckung der schon während der sehr langen Laufzeit des alten Tarifver = trages erfolgten Preissteigerungen.

Außerdem sehen wir nicht mehr ein, warum unsere Mehrarbeit, die durch Urlaub oder Krankheit von Kollegen notwendig wird, nicht bezahlt wird.

Wir fordern, daß die Tarife nicht erst im Januar erhöht werden.
Wir fordern, daß sofort verbindliche Tarifverhandlungen zwischen ÖTV und dem Bund, den Ländern und den Gemeinden geführt werden.
Wir fordern, daß die Tarifverhandlungen nicht aus Rücksicht auf den Wahlkampf hinausgezögert werden.

In der Zeitung konnten wir lesen, daß die ÖTV-Kreisverwaltung München sagte

"Wir wollen und können die Kollegen nicht aufhalten, wenn sie streiken wollen."

Nehmen wir die ÖTV beim Wort ! Die Kollegen bei Zündapp haben den Anfang ge= macht: sie haben sich nicht darauf beschränkt, 40 Pfennig mehr in der Stun= de nur zu f o r d e r n , sondern um ihrer Forderung Nahdruck zu verlei = hen, traten sie am Freitag in den W a r n s t r e i k . Auf einmal hat es nun die Geschäftsleitung sehr eilig, mit ihnen über ihre Forderung zu ver= handeln.
Unter dem Druck der Streiks unserer Kollegen trifft sich nun morgen am Dienstag die Bundesregierung zur "Eröterung" der Tarifsituation im öffent= lichen Dienst. Wir sollten durch unser geschlossenes Handeln an diesem Dienstag unmißverständlich klarmachen, daß wir uns nicht mit "Eröterungen" werden abspeisen lassen, sondern verbindliche und sofortige Verhandlungen über unsere Forderungen verlangen !

ARBEITER BEI DER STÄDTISCHEN MÜLLABFUHR zusammen mit den Arbeiter-Basis-Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition/ Tel 34 21 71
Eigendruck i.Selbstverlag, verantw. Catharina Schubert, Grillparzerstr. 39

2. Flugblatt (Mittwoch, 24.9.)

42

Was sein muß, muß sein

Die Bundesregierung hat es gestern abgelehnt, vor der Bundestags= wahl über Lohnerhöhungen im Öffentlichen Dienst, Transport und Ver= kehr zu verhandeln. Kiesinger und Strauß :"Wir machen den Arbeitern keine Wahlgeschenke."

Was heißt hier schenken ? Es geht nicht darum, daß uns was geschenkt wird. Sondern es geht um unser Recht, für unsere tagtägliche schwere Arbeit wenigstens soviel bekommen, daß wir die steigenden Preise be= zahlen können. Wenn hier in dieser Gesellschaft einer was verschenkt, dann sind es doch wir Arbeiter.

Die Bundesregierung hat die Verhandlungen auf Oktober vertagt. Aber der Vorsitzende der ÖTV, Kluncker, hat uns nicht mehr zu sagen, als daß er das bedauert. Was ist denn das für eine Gewerkschaft, die nicht mehr kämpfen kann, sondern nur noch zu "machtvollen" Bedaue= rungserklärungen fähig ist.

Heute verhandelt die ÖTV mit den Vertretern der Länder und Kommunen. Wenn wir uns nicht wieder mit einer Bedauerungserklärung der Ge = werkschaftsführung oder mit ein paar Pfennigen abspeisen lassen wollen, müssen wir selber für unsere Interessen handeln.

Wenn die Vertreter der Länder und Kommunen heute mit den ÖTV-Funk= tionären am grünen Tisch sitzen, dann sollen sie wissen :
Sie haben es nicht mehr mit wachsweichen Funktionären, die dem Wahl"kampf" dem Lohnkampf vorziehen, zu tun, sondern mit uns Arbeitern !
Darum darf heute keine Fuhre ausfahren !
Probieren wir doch mal, ob unsere Wägen quer durch die Einfahrt zu kriegen sind. Wenn wir Fahrer ausbleiben, dann wissen die Kollegen, daß es soweit ist. Sie warten drauf !

Die Tonnen hörn das klappern auf, klettern nicht die Löhne rauf !

ARBEITER BEI DER STÄDTISCHEN MÜLLABFUHR zusammen mit
den Arbeiter-Basis-Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition
Tel 34 21 71 - Eigendruck im Selbstverlag ,
verantwortlich: Catharina Schubert, 1 80, Grillparzerstr. 39

3.Flugblatt (Freitag, 26.9.)

43

Am Mittwoch sagte ein Kollege :

DER STREIK IST UNSERE BESTE VERSICHERUNG

Erst die Streiks unserer Kollegen in Mühlheim/Ruhr, in Duisburg, in Offenbach, in Kaiserslautern, in Wanne-Eickel, in Berlin, in Nürnberg und unser Streik am Mittwoch haben dazu geführt, daß es nicht bei schönen Worten für uns blieb. Die Bundesregierung konnte am Dienstag noch gegen uns den starken Mann spielen. Aber als die Vertreter der Kommunen am Mittwoch in Stuttgart zusammenkamen, da wußten sie bereits: sie haben es nicht mehr mit den ÖTV-Funktionären zu tun, sondern mit Arbeitern, die ihre Interessen selber vertreten. Wir

Wir haben uns nicht beeindrucken lassen von einigen "Kollegen", die uns immer gesagt haben "Geht zurück an die Arbeit". Wir sind am Mittwoch nicht an die Arbeit zurückgegangen und haben Erfolg gehabt. Was sonst in 14 Tagen noch nicht erreicht worden wäre, war durch unseren Druck in 14 Stunden auf dem Tisch. Noch "rechtzeitig" vor Arbeitsbeginn am Donnerstag um 5 Uhr in der Früh hieß es: 100 DM mehr im Monat (wobei es wohl selbstverständlich sein dürfte, daß diese 100 DM nicht mit der tariflichen Lohnerhöhung im Januar verrechnet werden dürfen, sondern daß es im Januar um das geht, was wir über die 100 DM hinaus mehr zu bekommen haben).

Uns wurde zugesichert, daß uns der Streikmittwoch voll bezahlt wird - also müssen uns natürlich die vier Überfuhren in der nächsten Woche extra bezahlt werden. Denn wenn uns die nicht extra bezahlt werden, wären uns in Wirklichkeit die Streikstunden nicht bezahlt worden.

Als wir unseren Streik für einen Tag unterbrachen, sagten wir aber nicht nur : spätestens am Freitag sind die 100 DM auf dem Tisch oder wir setzen unseren Streik fort. Sondern wir erwarten für heute früh auch verbindliche Zusagen der Stadt zu den Forderungen, die wir aufgestellt haben, damit endlich Schluß ist mit einigen unhaltbaren Zuständen bei der städtischen Müllabfuhr in München.

Von Mittwoch bis heute früh ist Zeit genug, um zu folgenden Forderungen verbindlich Nein oder Ja zu sagen :

- Wenn wir zu dritt oder zu viert die Arbeit von fünf machen müssen, dann müssen wir auch entsprechend bezahlt werden (Ausgleichszahlungen für unterbesetze Arbeitsgruppen).
- bei Krankheit oder im Urlaub volle Fortzahlung des Lohns mit e i n e n Zulagen.
- die Pensionierung mit 60 Jahren, das 13.Monatsgehalt, die Nichtanrechnung der arbeitsfreien Samstage auf den Urlaub - das alles sind Forderungen, für die ebenfalls kein bundeseinheitlicher Tarifvertrag nötig ist, sondern auf die uns die Stadt sofort verbindliche Zusagen geben kann (die Nicht-Anrechnung der arbeitsfreien Samstage auf den Urlaub wurde von Kollegen bei einigen Betrieben der Privatindustrie durchgesetzt, lange bevor dies die Gewerkschaft "erreicht" hat).

Die Herren im Rathaus brauchen nicht glauben, daß die 100 DM, die jetzt überall gezahlt werden, uns vergessen lassen, was wir von ihnen heute früh schwarz auf weiß haben wollen:

das Ja zu unseren Forderungen !

Sonst: Wir werden am Freitag nicht schwächer als am Mittwoch sein !

ARBEITER BEI DER STÄDTISCHEN MÜLLABFUHR zusammen mit
den Arbeiter-Basis-Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition
Tel 34 21 71 - Eigendruck im Selbstverlag
verantwortlich: Catharina Schubert. M 80. Grillparzer-Str.39

4.Flugblatt (Donnerstag, 2.10.69)

War unser Streik notwendig?

44

Am Freitag meinten einige Kollegen: "Die 100 Mark hätten wir auch ohne Streik bekommen." Auch die Zeitungen stehen auf diesem Standpunkt. Aber stimmt denn das?

Erstens: Erst nachdem unsere Kollegen bei Hoesch in Dortmund und dann unsere Kollegen in der eisenerzeugenden und metallverarbeitenden Industrie und im Bergbau für ihre Interessen unabhängig von den Gewerkschaften gestreikt hatten, wollte die ÖTV zeigen, daß sie auch noch da ist und forderte die Vorverlegung der Tariverhandlungen.

Zweitens: Erst nachdem unsere Kollegen bei der städtischen Müllabfuhr in Mühlheim/Ruhr, Duisburg, Offenbach, Kaiserslautern, Wanne-Eickel und Berlin ebenfalls unabhängig von der ÖTV gestreikt hatten, erklärten sich die Herrschaften von den kommunalen Regierungen zu Verhandlungen mit der ÖTV bereit.

Drittens: Erst als wir in München und unsere Kollegen in Nürnberg am Mittwoch trotz der Beschwichtigungsversuche der ÖTV-Funktionäre und des Betriebsrats streikten, wurde das erreicht, was schon lange keine Gewerkschaft mehr geschafft hat: nämlich nach nur einem Tag Verhandeln wurde die Forderung nach 100 DM mehr im Monat ohne die gewerkschaftsüblichen Abstriche erfüllt.

Wenn es nicht den großen Streik unserer Kollegen in der Metallindustrie und im Bergbau gegeben hätte, dann hätte die ÖTV weiter die Hände in den Schoß gelegt.

Wenn unsere Kollegen in Mühlheim:Ruhr, Duisburg, Offenbach, Kaiserslautern, Wanne-Eickel und Berlin nicht die hohen Herren auf dem Müll hätten sitzen lassen, dann hätten sich die hohen Herren gesagt: "am Jahresende ist es noch früh genug zum Verhandeln" (die Bundesregierung, die von den von ihr direkt abhängigen Arbeitern, Angestellten und Beamten nicht bestreikt wurde, blieb auch auf ihrem hohen Roß).

Wenn wir nicht am gleichen Tag, als die ÖTV mit den Vertretern der Kommunen am Verhandlungstisch saß, die Arbeit niederglegt hätten - wer weiß, ob sich die Herrschaften und die Gewerkschaftsbürokraten nicht gesagt hätten: "die haben sich ausgestreikt, jetzt können wir uns wieder Zeit lassen." Aber so saß ihnen unser Streik im Genick!

Eines ist in diesen Tagen so klar wie noch nie geworden:

Wir Arbeiter können uns auf uns selbst verlassen

Die ÖTV und der Betriebsrat standen auf der anderen Seite und pflegten fast jeden Satz, den sie von sich gaben, mit den Worten zu beenden: "jetzt gehts wieder an die Arbeit." Und es zeigte sich: wenn wir Arbeiter unsere Interessen vertreten, fallen uns die Zeitungen in den Rücken. Sie haben der Kampf um unsere berechtigten Forderungen als "Erpressung" bezeichnet, und BILD sagte am 25. September: "Lohnkampf im Wahlkampf? Das gefällt

MONTAG

Ort: Umladestelle Einsteinstraße

Die Agitationssituation wird dadurch bestimmt, daß man im allgemeinen mit den einzelnen Fahrern diskutiert, die nacheinander vorfahren, um ihre Ladung umzuladen. Ausnahmen ermöglicht eine kleine Kantine, in der sich (vermutlich nur um die Mittagszeit) Gruppen von deutschen und türkischen Arbeitern aufhalten.

Der Zugang zu Diskussionen ergab sich zunächst durch das Verteilen der Flugblätter, deren Inhalt jedoch kaum eine Rolle lspielte, da sie erst später gelesen wurden. Die Diskussionen waren am Montag vor allem durch zwei Momente strukturiert: 1. die Arbeiter hatten ein starkes Redebedürfnis. Wir bildeten sozusagen das Publikum für ihre Kritik an ihrer sozialen Situation. 2. Die Äußerungen der Arbeiter bezogen sich vor allemm in allgemeiner Form auf Probleme wie: allgemeine Situation der Arbeiter, Rolle der Gewerkschaften, Parteien, Bundesregierung, Lohn-Preis-Spirale usw. Ihre Haltung den genannten Institutionen gegenüber ist durch emotionale Ablehnung oder Kritik gekennzeichnet. Die unmittelbare Einschätzung der eigenen Lage ist ziemlich realistisch: als sozial unterprivilegiertes Objekt der herrschenden Kräfte (Unternehmer, Regierung). Die Möglichkeit der Machtentfaltung der Arbeiterklasse wird resignativ beurteilt bis hin zu masocistischen Zügen: Die Arbeiter seien unfähig zur Machtentfaltung deshalb, weil sie zu dumm seien. Arbeiter seien eben dumm. Während also die Einschätzung der objektiven Klassenlage ziemlich realistisch ist, drückt sich in der gleichsam anthropologischen Deutung dieser Situation Resignation in der Form der Ontologisierung der bestehenden Verhältnisse aus.

Das konkrete Streikproblem stand noch nicht im Mittelpunkt der Diskussionen. Abstrakt wurde die Notwendigkeit eines "wilden" Streiks von den meisten anerkannt, aber in Bezug auf die Verwirklichung herrschte große Skepsis: die Arbeiter könne man nicht unter einen Hut bringen; "bei uns sind fast nur Deppen". Auffallend war, daß ökonomische Probleme des wilden Streiks (Lohnausfall) überhaupt nicht erwähnt wurden; daß wir nicht gefragt wurden, wer wir sind und warum wir Streikprppaganda machen; daß die meisten Arbeiter sich von vorneherein freundlich und gesprächig zu uns verhielten und keine Aggressionen entwickelten, obwohl ihnen klar sein mußte, daß wir Studenten der APO sind.

Besonderes Vorkommnis: Ein höherer Beamter der Stadtberwaltung (vermutlich der Chef dieser Abteilung) versuchte uns vom Gelände zu vertreiben. Wir ließen uns nicht beeindrucken. Er unternahm nichts weiter, vermutlich um die unruhigen Arbeiter nicht zu provozieren.

DIENSTAG

Betriebshof Neußerstraße

Kurz vor 6 Uhr erscheinen die ersten Fahrer. Die Ausfahrt der Wagen beginnt um 6 Uhr 3o. Hier besteht die Möglichkeit für Gruppendiskussionen. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand nun die Streikproblematik. Fast alle meinten, daß gestreikt werden müsse. Aber in teilweise krassen Behauptungen wurde die Unfähigkeit der Arbeiter herausgestellt: "Es gibt zu viele Arschlöcher (Deppen) hier"; einige seien deshalb gegen den Streik, weil sie ein Parteibuch in der Tasche hätten (besonders der Betriebsrat). Im übrigen wurde auf den Betriebshof Sachsenstraße verwiesen, von dem die Initiative ausgehen müsse.

Bemerkenswert: Indirekte Solidarisierung der Arbeiter mit uns, als der Meister uns mit dem Argument: Müllfahrer hätten mit der APO nichts zu tun, vom Gelände vertreiben wollte. Der Inhalt des Flugblatts wurde besonders gelobt. Die Arbeiter würden völlig damit übereinstimmen.

MITTWOCH

Betriebshof Nrußerstraße

Wir verteilen ab 5 Uhr 4o Flugblätter, die zum Streik aufrufen, und Streikaufkleber. Diesmal forderten wir auch in den Diskussionen direkt zum Streik auf. Es werden die gleichen Bedenken vorgebracht wie am Dienstag. Hauptsächlich: man müsse auf die Sachsenstraße warten.
Ein Arbeiter meinte: "Wenn der Elefant wüßte, wie stark er ist, könnte ihn niemand bändigen; genauso die Arbeiter..."

Streik

Auslösend wirkte vermutlich ein Anruf bei der Sachsenstraße. Plötzlich hieß es: "Heute wird nicht hinausgefahren". Der Meister forderte uns nun auf, das Gelände zu verlassen. Ein Arbeiter kam uns nach und meinte, wir könnten vor der Halle bleiben. Wir gingen trotzdem vor den Ausgang. Vorher forderten wir einige Arbeiter dazu auf (wie auch im Flugblatt), die beiden Eingänge mit quergestellten Wagen zu blockieren. Dieser Rat wurde auch befolgt. Derselbe Arbeiter, der uns aufgefordert hatte, im Hof zu bleiben, stellte sich nun zu uns vor das Tor, um mit uns zu reden. Wir waren uns nicht klar, wie wir uns in dieser Situation verhalten sollten. Ob es beispielsweise sinnvoll gewesen wäre, doch in die Halle zu den diskutierenden Arbeitern zu gehen. Schließlich entschlossen wir uns für den Bedarfsfall Transparentmaterial zu besorgen. Als wir wieder zur Stelle waren, hatten die Arbeiter die Neußerstraße verlassen und sich zur zentralen Streikversammlung in der Sachsenstraße begeben.

Streikversammlung Sachsenstraße

Die Arbeiter waren in einem Hof und vor dessen Eingängen versammelt. Auf einer Terrasse sprachen Gewerkschaftsfunktionäre. Sie versuchten natürlich abzuwiegeln und forderten immer wieder zur Aufnahme der Arbeit auf. Auf solche Versuche reagierten die Arbeiter mit lauten Mißfallensäußerungen. Als die Gewerkschaftler abgezogen und die Versammlung im Begriff war, sich aufzulösen, forderte offenbar ein informeller Kader zur Rückkehr an den Versammlungsort auf, was auch befolgt wurde. Ein Arbeiter sprach nun von der Terrasse etwa die folgenden kurzen Sätze: "Ihr wißt ja: der Streik ist unsere beste Versicherung. Wenn die Gewerkschaftler behaupten, ein wilder Streik sei kein Druckmittel, dann ist er genau ein Druckmittel. Wenn wir bis morgen die 1oo Mark nicht kriegen, dann kommen wir morgen wieder hier zsuammen, wenn bis übermorgen nicht, dann übermorgen auch wieder; solange bis wir die 1oo Mark bekommen". Diese Rede wurde mit entschlossenem Beifall aufgenommen.

Der Streik war offenbar in dieser Phase für viele ein emanzipierendes Erlebnis. Eine gewisse Euphorie erfaßte die meisten. Einer behauptete z.B.: "so gut wie heute ist es uns noch nie gegangen". Ein anderer sang das Lied "So ein Tag, so wunderschön wie heute...".

Wir konnten praktisch während des Streiks keine Funktion mehr erfüllen. Während des Streiks war das Verhältnis der Arbeiter zu uns allgemein gese-

hen nicht mehr so unproblematisch wie bei der vorhergehenden Agitation. Offenbar wollten sie vermeiden, daß in der Presse die APO als Drahtzieher ihres Streiks dargestellt wurde.

Kurz nach unserem Eintreffen bei der Streikversammlung wurden wir konfrontiert mit einem Mann, der offenbar kein Arbeiter war (keine Arbeitskleidgung Der Mann stand am Hofeingang und hetzte systematisch in üblicher Anti-APO-Manier gegen uns. ~~Während der Streik~~ Ein Arbeiter stimmte mit ihm ein; die übrigen stellten sich taub. Während der Streikversammlung kunterhielten wir uns nur kurz mit wenigen Arbeitern. Fast immer ging es um Gewerkschaftskritik und die Notwendigkeit, am Streik festzuhalten.

FREITAG

Neußerstraße

Die Diskussion am Freitag drehte sich vor allem um die Erfahrungen des Streiks. Die bloß scheinbare Bezahlung des Streiktages war Anlaß von Ereiferung. Einige schimpften auf Kollegen, die beflissen und aus eigener Initiative die Überfuhren gemacht hätten.

Eine Minderheit der Arbeiter meint, man hätte die 1oo Mark auch bekommen, ohne zu streiken (ob sie nur den Münchener Streik meinen, ist unklar). In Bezug auf die noch nicht verhandelten Forderungen warten sie zunächst die Gewerkschaftsaktivitäten ab. Einige schimpften auf diffamierende oder verzerrende Presseberichte. Mit den Aktivisten war es möglich, über die Notwendigkeit von Selbstorganisation für kommende Streiks zu diskutieren. Ein jüngerer Arbeiter sagte, er wolle eine Art Komitee auf die Beine stellen. Derselbe erklärte auch, er wolle auf einer kommenden Gewerkschaftsveranstaltung mit energischer Kritik aufwarten, dabei Photokopien unserer Flugblätter verwenden. Ein Arbeiter schenkte uns Zigarren, die er eigens zu diesem Zweck mitgebracht hatte.

Allgemein wurde geäußert, man würde wieder streiken, falls die restlichen Forderungen nicht erfüllt würden.

DONNERSTAG

Neußerstraße

Die Arbeiter waren wie in der letzten Woche an unseren Flugblättern sehr interessiert. Einige wiesen darauf hin, daß man keineswegs zufriedengestellt sein, man müsse wieder streiken. Dabei denken sie aber teilweise an einen gewerkschaftlichen Streik.

Interessant ist, daß zum ersten Mal einer die Frage stellte, warum wir eigentlich als Studenten bei ihnen agitieren. Er meinte, die Arbeiter hätten ja die Studenten bei ihren Auseinandersetzungen auch nicht unterstützt. Unsere Interessen seien verschieden.

ZWEITES PROTOKOLL

Montag, Depot Einsteinstraße

Der erste Eindruck, der den Erwartungen zuwider lief, war der, daß man sich für unsere Herkunft entweder nicht interessierte, oder aber unsere offensichtliche APO-Herkunft im Hinterstübchen als Drohung mit in die Wagschale werfen wollte. In jedem Fall deutet dies aber auf eine Empörung hin, die über den eigenen unmittelbaren Interessenzusammenhang die ideologische Verschleierung zerreißen konnte und eine hohe Streikbereitschaft schon bewirkt hatte. Ein Unterschied zwischen unseren und den DKP-Flugblättern wurde nicht gemacht, die Frage nach unserer "Partei" schien - zumindest am

Anfang - eher die dahinterstehende Stärke herauszufinden zu wollen. Der Versuch eines Müllabfuhrbosses, uns vom Werksgelände zu weisen, scheiterte schon an seiner ängstlich-höflichen Zurückhaltung. In seiner Anwesenheit verhielten sich einige Fahrer noch opportunistisch, was sich jedoch hinterher total umkehrte.

Die anschließenden Gespräche - vor allem in der Kantine - zeigten eine durchgängige Übereinstimmung hinsichtlich der Berechtigung des Streiks. Gleichzeitig war aber ersichtlich, daß man von sich aus nicht anfangen würde, sondern entweder auf Weisungen von "oben" (Betriebsrat) wartete oder ein anderes Depot (Sachsenstraße) als Auslöser mystifizierte. Viele erzählten vertraulich, wie doof der deutsche oder münchner (je nach dem Vergleich) Arbeiter doch sei. Der abwiegelnden Skepsis einiger Arbeiter hinsichtlich der durch den Streik zusätzlich entstehenden Fuhren (ein wichtiges Problem für die Müllarbeiter!) konnte man leicht begegnen durch das Argument, man brauche sich doch nicht den Kopf "der da oben" zu zerbrechen und könne entsprechende Forderungen in den Streik mit aufnehmen. Klar ersichtlich wurde, daß der Glaube an die Integration der Arbeiter pure Ideologie ist, häufig wurde explizit gegen die vorgebliche Wohlstandsgesellschaft polemisiert, ein Status, der für sie allenfalls erreichbar scheint über die Mitarbeit der Frau. Auffallend war, daß nicht selten das Auto mit zum Existenzminimum gerechnet wurde (resignierend als der einzige Luxus), daß häufig die Situation auf dem Wohnungsmarkt erwähnt wurde. Sehr stark war die antigewerkschaftliche Haltung, während weniger der Kapitalist als vielmehr die staatlichen Stellen als der unmittelbare Gegner erkannt wurden. Der sehr ambivalenten Stellung zur eigenen Stärke entsprach die zur Organisierung: im wesentlichen ging es darum, den gewerkschaftlichen und staatlichen Stellen auf die Sprünge zu helfen (NPD wählen!); die Vorstellung, daß man sich auf die Dauer selbst vertreten könne, existierte nicht.

Streiktag (Betriebsbahnhof Sachsenstraße)

Als ich gegen 7 kUhr dort eintraf, stieß ich gleich auf einige Motzer, die ich später noch näher kennenlernen sollte, die mir auch den Zugang zum Werksgelände versperrten. In den einzeln auf der Straße herumstehenden Arbeiterpulks konnte man jedoch wie am Vortag diskutieren. (Die vom Vortag kamen erst später, die Begrüßung war beinahe freundschaftlich.) Jetzt trauten sich die Motzer nichts mehr zu sagen, strichen nur noch herum, dafür nahm lange ein Klugscheißer die Zeit weg. Die Arbeiter waren sich bewußt, daß sie ohne unsere Aktivität nicht gestreikt hätten, waren aber strikt dagegen, daß wir in den Vordergrund treten. (Guter Ansatz zur Erklärung des Basisgruppenkonzepts). Es wurde offenbar mehr der Aspekt der allgemeinen atmosphärischen Darstellung in der Öffentlichkeit betont (obwohl sie wußten, daß die Presse lügt) und weniger die eigene Macht erkannt. Diese trat höchstens in Erzählungen aus Frankreich, Italien auf, bei sich selbst vertraute man mehr auf Schlitzohrigkeit. Vorschläge, die Information der anderen ÖTV-Betriebe zu organisieren, fand man richtig, aber die Ausführung - etwa ein Flugblatt zu verfassen - schob man vor sich her.

Freitag (Sachsenstraße)

Ein halbes Dutzend Berufsmotzer stänkern rum, wir lautstark zurück: Hauptargument gegen sie: gegen uns kannste motzen, gegen die da oben kriegstes Maul nicht auf. Ihre "Argumente": Kommunisten, Arbeitet erst einmal (besonders schön absurd, da verbunden mit der Aussage, wir gingen hier doch nur spazieren). Den Arbeitern war das zum größeren Teil eher peinlich, wohlwollende Neutralität, wo es an diesem Morgen überhaupt zu einem Gespräch kam, standen sie auf unserer Seite.

Streikbereitschaft bestand an diesem Morgen offensichtlich nicht mehr. Die Reaktionen, die man im Vorübergehen spürte, waren eine Mischung aus Zufriedenheit und Unsicherheit (vor allem wohl durch unsere Anwesenheit als kritisches Gewissen). Schon die Tatsache, daß wir wieder da waren, zeigte ihnen, daß weiterhin Ansprüche an sie gestellt werden. Die leichte Abwehrreaktion darauf zeigte Unwillen oder ein gekünsteltes Erstaunen, was auf eine verdrängte Skepsis dem Abkommen gegenüber verweist.

DRITTES PROTOKOLL - Betriebsbahnhof Sachsenstraße

Montag und Dienstag

Die Agitation der Basisgruppen setzte in einer Situation ein, in der die Möglichkeit des Streiks von den Müllarbeitern bereits diskutiert worden war; es hatte bereits zwei Versuche gegeben, mindestens einen Warnstreik durchzuführen; außerdem hatten natürlich die "wilden" Streiks der letzten Wochen, darunter auch Müllarbeiter in anderen Städten, die Chancen für einen Streik verbessert. Wie vorbereitet die Situation bereits war, ließ sich daran erkennen, daß sich kein Arbeiter wunderte, wenn wir aufs Werksgelände gingen, um Flugblätter zu verteilen, oder um mit den Arbeitern zu diskutieren. Keiner wunderte sich, wenn wir als ihnen bis dahin Unbekannte sie fragten, ob oder wann gestreikt würde; fast alle gaben eine Antwort oder diskutierten über die Notwendigkeit und die Aussichten eines Streiks. Bei den Diskussionen über einen Streik ließen sich in etwa drei verschiedene Positionen feststellen: eine kleine Gruppe (5 bis 1o) lehnte den Streik ab ("da kommt doch nichts bei heraus") oder hielt einen Streik für unmöglich; die Mehrheit der Arbeiter war zwar für einen Streik, war aber sehr unsicher, ob man ihn durchführen könne, und nicht bereit, aktiv für den Streik einzutreten; "wenn es zum Streik kommt", würden sie aber mitmachen. Bei einer dritten Gruppe (1ó bis 2o) war deutlich erkennbar, daß sie an der Agitation für einen Streik bereits beteiligt waren ("zweimal haben wir es schon versucht"). Diese Gruppe wollte aber noch die Verhandlungen abwarten, weil sonst einige nicht mitmachen würden, und dann alles ins Wasser fiele.

In der Diskussion überden Streik spielte fast immer die Einschätzung der Gewerkschaft eine wichtige Rolle. Von wenigen abgesehen, die mit der Gewerkschaft voll zufrieden waren, schwankte die Meinung der Mehrheit der Arbeiter zwischen Skepsis, Ablehnung ("die kümmern sich einen Scheißdreck um uns") und Resignation. Diese Einschätzung der Gewerkschaft war vor allem der Grund, weshalb das von der DKP verteilte Flugblatt, das zur vollen Unterstützung der ÖTV aufrief, für einen Schmarrn gehalten wurde. Allerdings hofften fast alle, daß die Gewerkschaft und der Betriebsrat sie unterstützen würde, ganz offensichtlich aus der Unsicherheit, ob sie allein einen Streik durchhalten könnten. Eine klare Trennung in der Einschätzung von Gewerkschaft und Betriebsrat wurde nicht gemacht, allerdings ließ sich erkennen, daß man vom Betriebsrat eher eine Unterstützung erwartete und auf diese Unterstützung auch mehr Wert als auf die der Gewerkschaft legte.

Diskussionen über die Stadt beziehungsweise den Stadtrat als dem direkten Kontrahenten der Müllarbeiter wurden zwar auch geführt, doch waren wir hier auf die Fragen nicht so vorbereitet, so daß sich kaum Ergebnisse festhalten lassen. Erkennbar war allerdings die Tendenz, einerseits die Stadt neben der Regierung als die "da oben" zu bezeichnen und für die niedrigen Löhne, steigenden Preise verantwortlich zu machen, andererseits war man nicht bereit, die Stadt oder den Oberbürgermeister als einen direkten Gegner anzusehen.(Wahrscheinlich wirkte sich hier das Gerede von der "sozialen" "Weltstadt mit Herz" und dem sich in Worten sozial gebenden OB aus).

Die Situation am Mittwoch (6 Uhr) zeigte duetlich, daß der Streik für diesen Tag bereits vorbereitet war. Am Eingang zum Betriebshof stehen bereits ein paar Arbeiter, die jeden, der neu ankommt, darauf hinweisen, daß heute nicht ausgefahren, bzw. gestreikt wird. Einige Äußerungen der Arbeiter weisen darauf hin, daß der Streik bereits am Dienstag nachmittag beschlossen wurde ("gestern haben wir es durchgesetzt"). Die Aufkleber, die ohnehin nur an einer Halle kleben, und die Flugblätter, die an diesem Tag zum Streik aufzurufen, waren also nicht der Anlaß zum Streik. Allerdings ist es kgut möglich, daß unsere Agitation von den Vortagen, die Verhandlungen nicht erst abzuwarten, sondern durch einen Streik vor und wähend der Verhandlungen die Stadt und die Gewerkschaft unter Druck zu setzen, den Streiktag am Mittwoch (während die Verhandlungen laufen) bestimmte. Von den Arbeitern wurde außerdem daraufhin gewiesen, daß man wegen der Äußerung von Benda, erst nach den Wahlen zu verhandeln, gerade deshalb jetzt vor der Wahl streike. Die Flugblätter und Aufkleber haben in der Situation auf jeden Fall aber noch die Funktion, einigen Arbeitern, die noch nicht ganz sicher sind, ob sie streiken sollen, zusätzliche Arguemente (neben der Agitation ihrer Arbeitskollegen) für die Notwendigkeit des Streiks zu geben; außerdem sind sie, wie sich nachher herausstellt, für die Arbeiter eine wichtige Stütze, um mit den Abwiegelungsversuchen der Stadt, der Gewerkschaft und des Betriebsrats fertigzuwerden.

Auf unsere Anwesenheit und das Verteilen der Flugblätter reagieren viele Arbeiter mit dem Hinweis, daß sie uns jetzt nicht mehr benötigen. Während bei der Mehrheit dieser Hinweis nicht gegen uns gerichtet ist, sondern auf das gewonnene Selbstbewußtsein hinweist, daß sie jetzt selbst stark genug sind, den Streik durchzuführen und durchzustehen, ist bei einigen aber auch deutlich erkennbar, daß sie von uns nichts wissen wollen. Bezeichnend ist, daß gerade diejenigen, die anfangs gegen einen Streik gerichtet waren oder ihn für unmöglich hielten, jetzt betonen, daß der Streik ihre eigene Sache ist und sie auf unsere "Hilfe" verzichten können. Die Gruppe der Arbeiter, die den Streik am Dienstag beschlossen hat und die heute auch die Aufgabe übernommen hat, die anderen auf den Streik hinzuweisen, befürchtet offensichtlich auch, daß ein direktes Mitorganisieren des Streiks von uns vielen Arbeitern nicht passen würde oder zumindest bei einigen auf Ablehnung stößt. Einer aus dieser Gruppe gibt uns daher den Rat, nicht auf das Betriebsgelände zu gehen; "sonst heißt's wieder, wir wären aufgehetztnworden"; außerdem befürchtet er, daß die Leitung oder der Pförtner die Kripo holt, die bereits einmal, als wir auf dem Werkshof waren, gerufen wurde. Dieser Arbeiter sagt aber auch, daß unsere Flugblätter und Agitation als eine gute Unterstützung zur Durchsetzung des Streiks aufgefaßt wurden; er bedankt sich fast offiziell für diese Hilfe. Politischeist diese "Streikgruppe nur schwer einzuordnen, wir können nicht feststellen, ob es sich um eine schon länger im Betrieb arbeitende feste Gruppe oder um eine ad-hoc-Gruppe handelt. Lediglich die Feststellung, daß neben gesellschaftskritischen Stellungnahmen kund offensichtlich linker Kritik an der Stadt und den Gewerkschaften bei einigen auch zum Faschismus tendierende Äußerungen fallen("bei Adolf hätte es solche niedrigen Löhne und steigenden Preise nicht gegeben") weisen darauf hin, daß es sich hier nicht um eine organisierte linke Gruppe handelt.

Von einer gemeinsamen Weiterorganisierung des Streiks kann nicht gesprochen werden, da wir auf den Wunsch dieser Gruppe etwas abseits der diskutierenden Arbeiter stehen; allerdings geben wir einzelnen Hinweise auf die Notwendigkeit, Plakate zu malen, andere Betriebe der Stadt und die Presse zu informieren.

Unsere Versuche, am Freitag den Streik fortzusetzen, haben keinen Erfolg, erstens, weil das Flugblatt am Morgen zu spät kommt; es hätte spätestens am Donnerstag nachmittag verteilt werden müssen, weil zu dem Zeitpunkt bereits über Streik oder kein Streik entschieden wurde, zweitens, weil die 1oo DM mehr so gewirkt haben, daß die meisten einen Streik nicht mehr für notwendig oder im Hinblick darauf, was man eventuell noch erreichen kann, für zu riskant halten.

Die Reaktionen der Arbeiter an diesem Morgen haben sich gegenüber den vorherigen Tagen aber verändert. Es ist offensichtlich, daß ein größerer Teil mit uns sympathisiert und uns freundlich begrüßt. Ein anderer Teil reagiert auf die Flugblätter sekptisch oder zurückhaltend; es scheint, als hätten sie ein schlechtes "Gewissen", als wüßten sie bereits vorher, daß wir von ihnen erwarten, daß sie weiter streiken sollen.

Die bereits am Mittwoch spürbare Ablehnung unserer Agitation von einer Gruppe von 5 bis 1o Arbeitern drückt sich jetzt noch deutlicher aus. Wortführer dieser gegen uns gerichteten Arbeiter sind der Pförtner und ein Betriebsrat oder höherer Angestellter (hat keine Arbeitskleidung). Die Vorwürfe werden im Bildzeitungsstil vorgebracht und lauten entweder, wir seien aus dem Osten bezahlt, Kommunisten etc., oder richten sich gegen Studenten, lange Haare, Bärte, etc. Interessant ist allerdings, daß die Polarisierung der Arbeiter auch weiter fortgeschritten ist. Als uns einer verteidigt und sagt, was wir sagen, ist richtig, wird er von einem anderen angegriffen: "Du bist ja auch Kommunist", und es kommt zu einer Auseinandersetzung zwischen beiden.

Reaktionen auf das Flugblatt am Donnerstag, ähnlich wie am Freitag der vergangenen Wosche, lassen sich schlecht einschätzen, da die Arbeiter auf ein am Morgen verteiltes Flugblatt inhaltlich in den Diskussionen mit uns noch nicht eingehen. So ist nicht zu erkennen, inwieweit die Argumente von k Müllarbeitern aufgenommen werden oder zu welchen Diskussionen sie im Betrieb führen. Ein Fehler war es von uns auf jeden Fall, daß wir weiterh mit möglichst vielen Arbeitern diskutieren wollten, statt uns auf die zu beschränken, die bei der Organisation des Streiks mehr oder weniger ein Führungsrolle innehatten; so gelingt es uns nicht festzustellen, wer für eine weitere Organisierung der Müllarbeiter und eine Zusammenarbeit mit d Basisgruppen bereits jetzt bereit wäre. Türken: interessierter als deutsche Arbeiter, lesen die Flugblätter genau durch und diskutieren in Gruppen darüber; als keine Flugblätter in türkischer Sprache mehr da sind, werden wir oft angesprochen, warum. Organisierung der Türken scheint möglich; dazu ist es allerdings notwendig, statt der für die türkischen Arbeiter unverbindlichen bzw. wenig sagenden Basisgruppen die Anschrift eines türkischen Genossen oder einer türkischen marxistischen Gruppe anzugeben. Gut wäre es außerdem, wenn ein türkischer Genosse die nächsten Flugblätter bzew. Betriebszeitungen mitverteilen würde und agitieren würde.